

# PROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL 2014

GRÜNE POLITIK FÜR STUTTGART BIS 2019

Natürlich gut für Stuttgart

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
STUTTGART



**STARKE GRÜNE, STARKES STUTT GART**

Die Wählerinnen und Wähler haben uns Grüne bei der vergangenen Kommunalwahl 2009 mit 25,3 Prozent der Stimmen zur stärksten Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat gemacht. Was bundesweit für Aufsehen sorgte und als Sensation gewertet wurde, hat in Stuttgart weniger überrascht. Wir Grünen haben über viele Jahre im Gemeinderat engagiert und beharrlich für eine lebendige, nachhaltige Landeshauptstadt Stuttgart gearbeitet und als verlässliche, pragmatische, aber immer kritische Kraft die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten.

**Wichtige Weichenstellungen für Stuttgart's Zukunft**

Wir Grünen haben es in den vergangenen fünf Jahren geschafft, mit wechselnden, mal breiten, mal knappen Mehrheiten wichtige Weichenstellungen für Stuttgart's Zukunft vorzunehmen. Immer orientiert an Inhalten, nicht an Ideologien.

In drei Doppelhaushalten haben wir gewaltige Investitions- und Sanierungsvorhaben auf den Weg gebracht und das städtische Leistungsangebot in der Jugendhilfe, in der Bildung, in der Kultur und im Sozialen ausgebaut, ohne dass neue Schulden dafür aufgenommen werden mussten. Den Ausbau der Kindertagesbetreuung haben wir vorangetrieben, den Schulsanierungsstau aufgelöst, den Rückkauf der Wasserversorgung beschlossen, wertvolle Freiflächen und Frischluftzonen geschützt, eine erste Mischverkehrsfläche („Shared Space“) und den autofreien Marktplatz in Bad Cannstatt durchgesetzt.

Dabei haben wir pragmatisch mit den anderen Fraktionen im Gemeinderat zusammengearbeitet und um Mehrheiten für unsere Ziele gerungen. Das erforderte manche Kompromisse und blieb auch manchmal erfolglos.

**Alte Mehrheiten setzen Stuttgart 21 und den Rosensteintunnel durch**

Mit unserem jahrelangen Einsatz gegen das Planungs-, Verkehrs- und Finanzierungsdesaster Stuttgart 21 und gegen die Art und Weise, wie es politisch eingefädelt worden war, haben wir vielen in Stuttgart aus der Seele gesprochen. Wir haben der Ablehnung und Kritik im Gemeinderat und darüber hinaus eine kraftvolle politische Stimme verliehen. Aber auch wenn sich die meisten unserer Kritikpunkte und Befürchtungen im Laufe der Zeit bestätigt haben, ist es uns nicht gelungen, Stuttgart 21 zu stoppen. Weder im Bundestag, noch im Landtag, noch im Gemeinderat und auch nicht bei der Volksabstimmung 2011 hat sich eine Mehrheit gefunden, die bereit gewesen wäre, das Projekt zu beenden. Diese Mehrheitsverhältnisse hatten und haben wir zu respektieren. Unsere Haltung zu Stuttgart 21 hat sich dadurch in der Sache aber nicht geändert. Auch für den von uns bekämpften Bau des Verkehrserzeugers Rosensteintunnel haben sich die alten Mehrheiten noch einmal zusammengetan und sich durchgesetzt.

**INHALT**

STARKE GRÜNE, STARKES STUTT GART .....	3
STUTT GART – WELTOFFEN, INTERNATIONAL, VIELFÄLTIG .....	5
STADT IN BÜRGERHAND .....	8
SOLIDARISCHES UND GERECHTES STUTT GART .....	12
GUTE KITAS, GUTE SCHULEN, GUTE BILDUNG UND AUSBILDUNG .....	16
KULTURELLE VIELFALT SICHERN UND WEITERENTWICKELN .....	20
MEHR GRÜN FÜR STUTT GART – ZUM SCHUTZ VON MENSCH, NATUR UND KLIMA .....	22
GRÜNE STADTENTWICKLUNG FÜR EIN URBANES, MENSCHLICHES STUTT GART .....	25
WOHNEN FÜR ALLE IN STUTT GART .....	28
MOBIL IN STUTT GART – INTELLIGENT, NACHHALTIG, ZUVERLÄSSIG .....	30
NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN IN STUTT GART .....	34
WASSER- UND ENERGIEVERSORGUNG KOMMUNAL .....	37
DIE STADT UND IHRE BETEILIGUNGEN NACHHALTIG STEuern .....	38

**Grüner Politikwechsel für Stuttgart mit grünem Oberbürgermeister**

Dennoch ist Stuttgart in den letzten fünf Jahren grüner, liebenswürdiger, bunter und attraktiver geworden. Und die Stuttgarterinnen und Stuttgarter haben mit der Wahl von Fritz Kuhn zum ersten grünen Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt 2012 bekräftigt, dass sie den Politikwechsel im Rathaus und eine grüne Politik für Stuttgart wollen.

Grüne Politik für Stuttgart ist eine Politik des Ermöglichens, weil sie Freiräume schafft und Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet. Fehlende Kitas und Ganztagschulen, der Mangel an preisgünstigem Wohnraum, zugeparkte Geh- und Fahrradwege, versiegelte Grünflächen und abgeholzte Stadtbäume, fehlende Räume für Kultur- und Kreativschaffende sowie verweigerter Beteiligungsmöglichkeiten reduzieren die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten in Stuttgart. Hier setzt die grüne Politik des Ermöglichens an.

Grüne Politik für Stuttgart stellt den Umwelt- und Klimaschutz, gute Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe für alle in den Mittelpunkt.

Grüne Politik für Stuttgart steht für eine Stadt der selbstbewussten Bürgergesellschaft und wendet sich energisch gegen Bestrebungen, die Stadt in erster Linie als Beute von Einzelinteressen oder renditehungrigen InvestorInnen versteht.

Grüne Politik für Stuttgart steht für den Wandel von der autogerechten zur menschengerechten Stadt, ohne dabei einen angeblichen „Feldzug gegen das Automobil“ anzuzetteln, den es nie gegeben hat. Im Gegenteil: eine fußgängerfreundlichere Stadt, mehr Fahrradwege, mehr Bus-, Stadtbahn- und S-Bahnverbindungen eröffnen vielen Menschen attraktive Alternativen zum täglichen Stress im Stau und entlasten dadurch all diejenigen, die im Alltag auf das Automobil angewiesen sind.

Grüne Politik für Stuttgart denkt global und handelt lokal. Wir Grünen suchen engagiert und kreativ vor Ort nach guten Lösungen und setzen dabei auf eine breite Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft und die Kooperation mit den Unternehmerinnen und Unternehmern der örtlichen Wirtschaft. Denn die Lösung der großen Zukunftsfragen beginnt vor Ort und erfordert konkretes Handeln.

**Lust auf Stadt – mehr denn je!**

Mit unseren grünen Ideen und Lösungsvorschlägen wollen wir auch aus der Kommunalwahl 2014 als stärkste Fraktion hervorgehen. Und wir wollen unser Ergebnis von 2009 ausbauen, denn wir Grünen haben Lust auf Stadt – mehr denn je! Mit dieser Lust wollen wir um die Unterstützung der Stuttgarterinnen und Stuttgarter werben. Dazu stellen wir hier unsere in neun öffentlichen Kommunalpolitischen Runden erarbeiteten politischen Ziele und Ideen vor. Bis zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 wollen wir sie in öffentlichen Veranstaltungen, auf Straßen und Plätzen, an Haustüren und in Wohnzimmern mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren.

**Jugend entscheidet mit!**

Erstmals dürfen bei der kommenden Kommunalwahl auch Jugendliche ab 16 Jahren wählen. Wir Grüne freuen uns, dass unsere alte Forderung nach einer Absenkung des Wahlalters unter der grün-roten Landesregierung endlich umgesetzt werden konnte. Unsere Gesellschaft braucht die innovative Kraft ihrer Jugend. Die Absenkung des Wahlalters wird dazu führen, dass mehr von dieser Kraft in der Kommunalpolitik zum Zuge kommen wird, und das ist gut so.

Mit der Kommunalwahl 2014 können die Jugendlichen in unserer Stadt eine neue Bedeutung in der Stadtpolitik gewinnen. Wir Grünen wollen uns im Kommunalwahlkampf gemeinsam mit der Grünen Jugend intensiv um die Wünsche und Forderungen der jungen Erstwählerinnen und Erstwähler kümmern.

**STUTT GART – WELTOFFEN, INTERNATIONAL, VIELFÄLTIG**

Stuttgart ist eine weltoffene, internationale und multikulturelle Stadt. Das hat sehr viel mit der Aufgeschlossenheit und Toleranz seiner Bürgerinnen und Bürger zu tun und mit der Anziehungs- und Strahlkraft seiner international erfolgreichen Unternehmen und Hochschulen; viel auch mit dem positiven Wirken einzelner Persönlichkeiten wie Manfred Rommel, aber eben auch nicht unerheblich damit, dass starke Grüne im Gemeinderat sich seit vielen Jahren beharrlich und gegen manchen Widerstand für die Interessen der aus aller Welt zugewanderten NeubürgerInnen einsetzen und zwar unabhängig davon, ob sie freiwillig und „erwünscht“ als StudentInnen oder Fachkräfte kamen, oder unfreiwillig als Asylsuchende oder Bürgerkriegsflüchtlinge.

**Einwanderungsgesellschaft als Chance**

Während andere Parteien noch über Leitkultur diskutierten und darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei oder nicht, haben wir Grünen die Realitäten der Einwanderungsgesellschaft als Chance erkannt und eine gute Integrationspolitik als die entscheidende Investition in die Zukunft unserer Stadt. Die Stuttgarter Integrationspolitik ist nun schon seit vielen Jahren ein Erfolgsmodell und für viele andere Städte vorbildlich. Heute sind längst nicht mehr nur wir Stuttgarter Grünen stolz auf die Internationalität und kulturelle Vielfalt unserer Stadt, mit Bürgerinnen und Bürgern aus über 170 Nationen und dem mit über 40 Prozent bundesweit höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist ein großer Vorteil für unsere Stadt und keineswegs ein Problem. Kaum ein Bereich unserer Stadtgesellschaft wäre ohne die aus der ganzen Welt Zugezogenen und ihre Kinder und Enkel heute erfolgreich – oder auch nur funktionsfähig.

**Grüne Politik für Integration**

In Politik und Verwaltung unterstützen wir Grünen seit jeher aktiv die Arbeit der Abteilung für Integration, den Internationalen Ausschuss, das Stuttgarter Bündnis für Integration, die Sprach- und Bildungsförderung für Migrantinnen und Migranten sowie eine Vielzahl an innovativen Projekten und Initiativen zur Integration der Stadtgesellschaft und zu ihrer interkulturellen Qualifizierung.

Grünes Ziel ist die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe der Migrantinnen und Migranten am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Geschehen in Stuttgart. Gleichzeitig wollen wir die kulturelle Vielfalt für die Stadtentwicklung nutzen und fördern.

### **Stuttgart als Stadt für Einwanderinnen und Einwanderer profilieren**

Wir wollen, dass sich Stuttgart noch stärker als bisher als Stadt für Einwanderer profiliert, weil unsere Stadt von Zuwanderung profitiert, in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht und weit darüber hinaus. Deshalb unterstützen wir den Aufbau eines Willkommens-Zentrums als zentrale Anlaufstelle für alle, die sich neu in Stuttgart niederlassen oder nach einer Ausbildung oder einem Studium in Stuttgart bleiben wollen. Gleichzeitig wollen wir die bewährte dezentrale Struktur der Verwaltung mit den Bürgerbüros als Anlaufstellen vor Ort nicht vernachlässigen. Willkommenskultur soll eine Stärke der ganzen Stadt und der gesamten Verwaltung werden. Neubürgerinnen und -bürgern muss möglichst frühzeitig niederschwellige Sprachförderung und Unterstützung angeboten werden. Kinder und Jugendliche, die als QuereinsteigerInnen in unser Bildungssystem bzw. in unsere Kitas und Schulen kommen, wollen wir individuell fördern und stärken und durch einen auf Erwerb der deutschen Sprache basierenden Unterricht auf eine rasche Integration in den Regelunterricht vorbereiten. Gleichzeitig wollen wir über begleitenden muttersprachlichen Unterricht das individuelle Potenzial dieser Kinder stärken; davon profitiert nicht zuletzt auch die Stadt selbst, als internationale Stadt und als Wirtschaftsstandort.

### **Bildungsgerechtigkeit als Voraussetzung für Stuttgarts Zukunft**

Der nach wie vor unterdurchschnittliche Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an den Stuttgarter Gymnasien, Fach-, MeisterInnen- und Hochschulen treibt uns in unseren Bemühungen für mehr Bildungsgerechtigkeit an. Die Bildungsreformen der grün-roten Landesregierung greifen wir deshalb auf kommunaler Ebene entschlossen auf, bspw. durch den verstärkten Kita-Ausbau und den Ausbau der Ganztagsgrundschulen und Gemeinschaftsschulen. Auch unterstützen wir nachdrücklich die Einrichtungen des zweiten Bildungsweges wie z.B. das Stuttgarter Abendgymnasium.

### **Interkulturelle Kompetenz zum Standard machen**

Wir sind überzeugt davon, dass in einer Stadtgesellschaft, in der nahezu die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger eine Migrationsgeschichte hat, die Unterteilung der Bevölkerung in Menschen mit und ohne Migrationshintergrund überwunden werden muss. Interkulturelle Kompetenz muss eine Selbstverständlichkeit in allen Lebensbereichen sein. Ob Kita oder Altenpflegeheim, ob Sportverein oder Bibliothek, ob Hochschule oder Jobcenter, alle Einrichtungen müssen sich, wollen sie dauerhaft erfolgreich sein, auf die gesellschaftlichen Veränderungen in einer Einwanderungsgesellschaft einstellen und stärker für Migrantinnen und Migranten öffnen. Ein höherer Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in allen Bereichen der Stadtverwaltung bis in die Leitungsebene ist hier eine wichtige Voraussetzung für mehr interkulturelle Kompetenz in Stuttgart.

### **Flüchtlingsaufnahme human und pragmatisch umsetzen**

In den letzten anderthalb Jahren ist die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen sind, wieder sprunghaft angestiegen. Dieser Flüchtlingsstrom erinnert uns schmerzlich konkret daran, dass die Welt nicht überall so friedlich ist wie in Deutschland und dass wir eine humanitäre Verpflichtung haben.

Auch Stuttgart wird deshalb nun wieder deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen als in den Jahren zuvor. Mit einem ehrlichen Blick auf die Katastrophe in Syrien, die Situation in den Flüchtlingslagern der Anrainerstaaten und die täglichen Tragödien auf dem Mittelmeer erscheinen die Zahlen der neu nach Stuttgart gelangenden Flüchtlinge allerdings eher bestürzend gering.

Dennoch erwächst auch aus dieser Situation eine Bewährungsprobe für unsere Stadt, nicht zuletzt bei der Bereitstellung geeigneter Unterkünfte. Finanziell und organisatorisch ist das ein Kraftakt, der aber gestemmt werden kann. Der gerade von uns Grünen vertretene „Stuttgarter Weg“ der Flüchtlingsunterbringung in kleineren, dezentralen, gestreuten Unterkünften statt in großen Sammelunterkünften wird dabei nicht mehr im gewohnten und erwünschten Ausmaß einzuhalten sein – eine Belastung für die Flüchtlinge und natürlich auch für die Nachbarinnen und Nachbarn der Unterkünfte. Wir Stuttgarter Grünen träumen hierbei keinen weltfremden Multi-Kulti-Traum eines immer heiteren und problemlosen Miteinanders der Kulturen. Sorgen, Ängste und mitunter auch Probleme vor Ort nehmen wir ernst. Weder ist in den Flüchtlingsunterkünften ein reibungsloses Zusammenleben auf engstem Raum von Menschen aus mitunter sich völlig fremden oder sogar feindlich gesinnten Kulturen, Religionen und Nationalitäten selbstverständlich, noch ist es für die unmittelbaren NachbarInnen großer Unterkünfte immer einfach, mit den Veränderungen, die manchmal auch Schwierigkeiten mit sich bringen, zurecht zu kommen.

Wir Grünen werden uns nach Kräften dafür einsetzen, dass sich Stuttgart auch in dieser Herausforderung als humane, weltoffene und gastfreundliche Stadt erweisen wird und sich die Flüchtlinge neuerlich als Bereicherung und nicht als Belastung für die Stadtgesellschaft erweisen werden. Besonders wichtig wird dabei die bewunderungswürdige ehrenamtliche Tätigkeit der Flüchtlings-Freundeskreise im Umfeld der Unterkünfte sein.

Bei der Flüchtlingsaufnahme setzen wir uns für die in Stuttgart bewährten humanitären Standards ein. Den Flüchtlingen wollen wir menschenwürdige Unterkünfte auf Zeit bieten und die von der grün-roten Landesregierung vorgegebenen Standards erfüllen.

### **Grüne gegen Intoleranz und Ausgrenzung**

Wir Grünen wollen in Stuttgart das gesellschaftliche Klima der Anerkennung und der Toleranz verteidigen. Deshalb werden wir die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie konsequent auch auf der kommunalen Ebene führen und unterstützen.

Eine lebendige Erinnerungskultur zur Auseinandersetzung mit den Verbrechen der NS-Zeit und mutigem Widerstand ist uns wichtig. Der Lern- und Gedenkort „Hotel Silber“ bietet nun die einmalige Chance, ein lebendiges Zentrum gegen Intoleranz und Ausgrenzung zu werden – als Ort der TäterInnen der NS-Zeit, von dem darüber hinaus bis weit in die Geschichte der BRD die Verfolgung von Homosexuellen betrieben wurde. Wir freuen uns,

dass es nach jahrelangem Tauziehen endlich gelungen ist, gemeinsam mit der Bürgerinitiative, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart die notwendigen Beschlüsse für dieses Zentrum zu erreichen.

Eine weltoffene, tolerante und liberale Stadtgesellschaft zeigt sich besonders im Umgang mit vielfältigen Lebensformen und Identitäten. Die Diskussion um die Bildungsplanreform hat gezeigt, dass in unserer Gesellschaft der Umgang mit Homosexuellen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen noch nicht selbstverständlich ist. Deshalb unterstützen wir im Sinne einer toleranten und offenen Erziehung auch ausdrücklich die Initiative der Landesregierung, die Bildungspläne zu reformieren und einen landesweiten Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte zu erstellen. Wir streben für Stuttgart einen kommunalen Aktionsplan an, in dem Konzepte und Maßnahmen entwickelt werden, die Intoleranz in Beruf und Alltag weiter abbauen helfen und Benachteiligungen entgegenwirken. Wir setzen uns ein für die Vielfalt der Initiativen und Vereine, die sich seit vielen Jahren im Beratungs-, Sport- und Kulturbereich für Akzeptanz und gleiche Rechte von Homosexuellen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen engagieren.

## STADT IN BÜRGERHAND

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind fest verankert in Stuttgart. Ob kontinuierlich oder punktuell, ob im Verein, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Elternbeirat, in Umweltverbänden oder in Kirchen, ob in Soziale-Stadt- und Agenda-Gruppen, in Flüchtlingsfreundeskreisen, in Bürgerinitiativen oder in Parteien: Viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter engagieren sich auf vielfältige Weise ehrenamtlich für die Gemeinschaft.

### Anerkennung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Viele notwendige Arbeiten im Alltag unserer Gesellschaft werden von Ehrenamtlichen erledigt und wären anders gar nicht finanzierbar. Deshalb treten wir Grünen für verstärkte Anerkennung und Förderung von ehrenamtlichem Engagement ein – selbst wenn es sich im Einzelfall nicht mit unseren Zielen deckt. Bürgerschaftliches Engagement trägt entscheidend zu einem besseren Sozialklima, zur Lebensqualität in der Stadt bei. Wir messen der Sachkunde, den Argumenten und dem Willen der Bezirksbeiräte, der Jugendräte und der Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger in anderen Ausschüssen und Beiräten der Stadt hohe Bedeutung bei und reflektieren und respektieren diese bei unseren politischen Entscheidungen. Das Eigenleben, die Struktur und der eigene Charakter der Stadtbezirke und Stadtteile muss gepflegt werden, deshalb sind auch punktuelle quartiers- und stadtteilbezogene Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern für die Politik nicht lästig oder hinderlich, sondern müssen gefördert und vor Ort unterstützt werden.

### Den demografischen Wandel als Chance für die Bürgergesellschaft begreifen

Im Zuge des demografischen Wandels wächst der Anteil der älteren Bürgerinnen und Bürger. Schon lange gibt es nicht mehr „die SeniorInnen“, sondern auch die Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren wird vielfältiger, bunter und aktiver. Viele von ihnen bringen sich mit ihrem Wissen, ihren Ideen und Erfahrungen in den unterschiedlichsten Bereichen

der Stadt ein, andere würden sich gerne engagieren, haben aber noch nicht den richtigen Zugang gefunden. So wird die wachsende Zahl der Älteren mit Migrationshintergrund, die ins Rentenalter kommen, noch viel zu wenig berücksichtigt und gezielt angesprochen. Wir wollen diese große Engagementbereitschaft der Älteren als Chance für Stuttgart aufgreifen und Beteiligungsmöglichkeiten sowie Netzwerke der Eigeninitiative und der Selbsthilfe gezielt unterstützen. Denn Stuttgart braucht dieses bürgerschaftliche Engagement.

### Mitreten, Mitmachen, Mitentscheiden

Bürgerinnen und Bürger wollen aber nicht nur DienstleisterInnen am Gemeinwesen sein und ehrenamtlich Aufgaben übernehmen, für die ansonsten weder ein privatwirtschaftlicher, noch ein staatlicher Aufgabenträger bereitsteht. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen mitgestalten, mitentscheiden, sich direkt an konkreten Entscheidungsprozessen beteiligen. Nirgends wurde das in den letzten Jahren so deutlich wie in der Auseinandersetzung um Stuttgart 21. Angesichts des sich bereits vor Baubeginn abzeichnenden Planungs- und Finanzierungsdesasters hatten immer mehr Menschen begonnen, sich aktiv in die Stadtpolitik, in die öffentlichen Angelegenheiten ihrer Stadt einzumischen. „Die Stadt sind wir alle!“, war deshalb eine unserer Überschriften im letzten Kommunalwahlkampf, mit der wir zum Mitmachen auf- und Mitentscheidung einforderten. In den Parlamenten und im Gemeinderat waren wir Grünen als ProjektgegnerInnen eine kleine Minderheit. Stuttgart 21 und die Art und Weise, wie dieses Milliardenprojekt eingefädelt worden war, wurde zum Symbol für bürgerferne Politik. Und es wurde zu einem Beispiel dafür, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger sich nicht mehr abspesen lassen wollten mit intransparenter, taktischer Informationspolitik, behaupteter Alternativlosigkeit und Bastapolitik. Dennoch hat sich bei der Volksabstimmung 2011 in Stuttgart eine knappe Mehrheit der Abstimmenden für die Fortsetzung des Projektes Stuttgart 21 ausgesprochen. Ein Resultat, das wir bedauerten, aber respektieren mussten.

Der Bürgeraufbruch gegen Stuttgart 21 hat bundesweit, ja weltweit Aufmerksamkeit erregt. Und er hat ganz nebenbei das Bild von Stuttgart in der ganzen Republik verändert – positiv verändert. Stuttgart ist nunmehr auch über die Stadtgrenzen hinaus bekannt als Stadt einer aktiven, mutigen, sich einmischenden Bürgerschaft.

### Wir Grünen bleiben die Stimme der GegnerInnen und KritikerInnen von Stuttgart 21 im Gemeinderat

Wir Grünen waren und sind nach wie vor Teil dieses Bürgeraufbruchs und sehen unsere Aufgabe darin, diesem Aufbruch im Gemeinderat eine Stimme zu verleihen. Beim Projekt Stuttgart 21 werden wir auch künftig kraftvoll die Kritik am Projekt vorbringen, über die unzähligen Schwachstellen und Probleme des Projektes aufklären und uns dafür einsetzen, den Schaden und die Beeinträchtigungen für die Stadt möglichst klein zu halten. Und wir werden uns weiter aktiv für den Schutz, die Belange und die Rechte der von den Baumaßnahmen Betroffenen einsetzen.

Auch wenn wir die Mehrheitsverhältnisse für den Weiterbau respektieren, bleiben wir aus Überzeugung GegnerInnen des Projektes, denn unsere inhaltlichen Argumente wurden vielfach bestätigt. Die Planungsmängel, die fehlenden Baugenehmigungen, die Kostenexplosi-



onen, die ungelösten technischen Probleme und die mangelnde Leistungsfähigkeit sprechen eine deutliche Sprache. Und gerade deshalb braucht es uns Grüne im Gemeinderat, die sachkundig und gut vorbereitet beharrlich den Finger in die Wunde legen.

### **Mehr Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern nach klaren, transparenten Regeln und Standards**

Über das Einzelthema Stuttgart 21 hinaus wollen wir die gewachsene Beteiligungskultur in Politik und Verwaltung der Stadt fest verankern. Demokratisch organisierte Mitsprache steht nicht im Widerspruch zu den legitimen Rechten des Gemeinderats. Im Gegenteil: frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger fördert die Qualität und Akzeptanz der demokratischen Entscheidungen des Gemeinderates.

Allerdings müssen alle Beteiligungsprozesse nach klaren, transparenten Regeln und Standards organisiert werden. So sind klare Verabredungen darüber wichtig, wer beteiligt werden muss, wer sich beteiligen darf und wie die Ergebnisse in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen. Ebenso muss die Beteiligung auf eine breite gesellschaftliche Basis gestellt werden. Erfolgreiche Beteiligung setzt eine beteiligungsoffene Verwaltung und eine funktionierende Zusammenarbeit und Koordination der Ämter voraus. Wir wollen auch hier für verbindliche Regeln und Qualitätsstandards sorgen, nach denen Ergebnisse von Beteiligungsprozessen sowie Anfragen und Anträge von Bezirksbeiräten zeitnah, vollständig und so verbindlich wie möglich bearbeitet werden.

Schlecht organisierte, intransparente oder undemokratische Beteiligungsverfahren erzeugen mehr Politikverdrossenheit, als sie gesellschaftlichen Nutzen stiften. Gleiches gilt für bereits festgelegte Verfahren, die lediglich Beteiligung simulieren. Wir Grünen werden Beteiligungsprozesse aber auch immer dann kritisieren, wenn sie nicht für das Gemeinwohl, sondern lediglich für die Durchsetzung von Individual- oder Partikularinteressen genutzt werden. Für eine Politik nach dem St.-Florian-Prinzip stehen wir nicht zur Verfügung.

Wir Grünen haben deshalb im Gemeinderat die Stadtverwaltung beauftragt, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern einen Vorschlag zu erarbeiten für Standards und Spielregeln der Beteiligung und deren Verankerung in der Stadt. Dazu gehören natürlich auch personelle und finanzielle Kapazitäten, ohne die Beteiligung nicht vernünftig organisiert und evaluiert werden kann.

### **Informationszugang und OpenData sind Voraussetzung für Beteiligung**

Grundvoraussetzung für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist der leichte Zugang zu Informationen. Bürgerinformationen sollen deshalb auch in leicht verständlicher Sprache sowie in den wichtigen Landessprachen verfasst werden. Zur Transparenz gehört auch, dass möglichst viele Sitzungen, Unterlagen, Protokolle und Beschlüsse öffentlich zugänglich sind. Wir wollen hier die Chancen des Internets nutzen und mit einer Politik der „offenen Daten“ („OpenData“) die Grundlagen für eine transparente Politik und transparentes Verwaltungshandeln erweitern. Damit werden zudem Meinungsbildung und Mitbestimmung gefördert und private Initiative für neue Anwendungen und Dienstleistungen geweckt.

Erleichterter Informationszugang könnte auch durch den Ausbau von kostenlosem Wireless-Lan (W-LAN) ermöglicht werden. Für uns Grüne ist der freie Zugang zum Internet Teil der

öffentlichen Daseinsvorsorge, ein öffentliches W-LAN sollte deshalb nicht kommerziellen AnbieterInnen übertragen werden. Auch die möglichen Gefahren durch erhöhte Strahlenbelastungen nehmen wir sehr ernst. Ein kostenloses, öffentliches W-LAN sollte sich deshalb auf zentrale Orte und Plätze („Hot spots“) beschränken und möglichst strahlungsarme Techniken, wie beispielsweise W-LAN durch LED, bevorzugen.

Bei all dem ist Barrierefreiheit aber auch der Schutz von Persönlichkeitsrechten und die Einhaltung der anerkannten Standards des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung zu gewährleisten.

### **Mehr direkte Demokratie**

Beteiligung bedeutet in den meisten Fällen noch keine verbindliche direkte Entscheidungsmöglichkeit. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Pläne von Grün-Rot im Land zur Weiterentwicklung der direktdemokratischen Elemente in der Gemeindeordnung. Die geplante Absenkung der Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erweitert die direkten Entscheidungsmöglichkeiten erheblich. Sie muss ergänzt werden durch eine Erweiterung des Themenkataloges, bspw. um die Bauleitplanung, die ebenfalls Gegenstand von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden werden sollte.

### **Beteiligung von Jugendlichen attraktiver gestalten**

Auch die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre begrüßen wir ausdrücklich. Es war ein großer Erfolg, dass sich die Jugendräte im Stuttgarter Gemeinderat ein Rede- und Antragsrecht erkämpft haben. Auf Initiative der Grünen hin haben sie dieses Recht auch in allen beschließenden Ausschüssen des Gemeinderates.

Von Jugendbeteiligung erwarten wir wichtige Beiträge zur Lösung der entscheidenden Zukunftsfragen unserer Stadt. So ist eine Stadtentwicklung hin zu einer attraktiven, modernen und zukunftsfähigen Stadt ohne die Perspektive der Jugendgeneration nicht denkbar. Gemeinsam mit den Jugendräten und den Jugendlichen wollen wir die Beteiligung für Jugendliche attraktiver gestalten und vorhandene Beteiligungshemmnisse abbauen. Erstes Ziel ist es dabei, dass es in allen Stadtbezirken einen Jugendrat gibt. Wo ein solcher nicht zu Stande kommt, müssen andere Formen der Beteiligung von Jugendlichen etabliert werden. Zudem müssen Beschlüsse und Projekte der Jugendräte zügiger bearbeitet und umgesetzt werden, damit nicht erst die Kinder der heutigen Jugendlichen ernten können, was ihre Eltern hoffnungsfroh gesät haben.

### **Bürgerhaushalt weiterentwickeln**

Den 2011 eingeführten Stuttgarter Bürgerhaushalt wollen wir als neuen Zugang der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung und den Gemeinderat erhalten und weiterentwickeln. Bisher hat er eher die Form eines unverbindlichen Vorschlagswesens und begünstigt zu sehr die Partikularinteressen gut organisierter und gut vernetzter Gruppen. Wir Grünen wollen ihn so weiterentwickeln, dass er gleichermaßen repräsentativer und transparenter wird und dass die Chancengleichheit der Vorschläge steigt.

### Das Neue Schloss zum Bürgerschloss machen

Wir begrüßen und unterstützen den Vorschlag, das Neue Schloss für die Bürgerinnen und Bürger zu öffnen und dieses mindestens in Teilen öffentlich-kulturell zu nutzen. Der bisher als Behördenparkplatz genutzte Ehrenhof soll sich künftig autofrei präsentieren.

## SOLIDARISCHES UND GERECHTES STUTT GART

Stuttgart verfügt im Sozial- und Gesundheitsbereich über ein engmaschiges, gut funktionierendes Versorgungs- und Hilfesystem. Dank guter wirtschaftlicher Lage, niedriger Arbeitslosigkeit und hohen Steuereinnahmen kann die Stadt ein weit über die gesetzlichen Aufgaben hinausgehendes Angebot an freiwilligen sozialen Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger vorhalten. Jugendamt, Sozialamt, Jobcenter und Gesundheitsamt verwalten ein Budget von über 1 Mrd. Euro pro Jahr. Auf über 1.400 Stellen arbeiten städtische Beschäftigte im Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit – die städtischen Kindertageseinrichtungen nicht eingerechnet. Hinzu kommt die städtisch geförderte vielfältige Tätigkeit der zahlreichen freien Träger der Wohlfahrtspflege.

### Stuttgart mit Vorbildfunktion

Manche Bereiche der Stuttgarter Sozial- und Gesundheitspolitik wie das System der Bonus- und Familiencard, das Konzept „Frühe Förderung von Familien“ oder unsere Kinderklinik „Olgäle“ erfreuen sich bundesweiter Vorbildfunktion. Grüne haben sich immer dafür eingesetzt, dass dieses Stuttgarter Sozial- und Gesundheitssystem maßvoll ausgebaut wird und bestehende Lücken nach und nach geschlossen werden. Schwerpunkte dabei waren zuletzt neben der frühen Förderung von Familien der Ausbau des Kinderschutzes, der Schulsozialarbeit und der sozial- und gerontopsychiatrischen Versorgung. Im Bereich der Suchthilfe wurde neben dem Ausbau der ambulanten Suchthilfe endlich der Aufbau einer Schwerpunktpraxis zur diamorphingestützten Substitution auf den Weg gebracht.

### Städtisches Klinikum unterstützen

Mit dem Olga-Krankenhaus, einem weltweit führenden Zentrum für Pädiatrie, unterhält Stuttgart ein international renommiertes Kinderkrankenhaus, das von Familien in der ganzen Region geschätzt wird. Krankenhäuser sind unterfinanziert durch den Bund und die Krankenkassen, was sich für das Klinikum als kommunales Krankenhaus der Maximalversorgung, insbesondere aber für die Pädiatrie mit ihren Spezialkompetenzen, sehr nachteilig auswirkt. Wir haben deshalb dafür gesorgt, dass das Olgäle gerade in der gegenwärtig schwierigen Phase des Neubaus und Umzugs die notwendige Sockelfinanzierung in Höhe von 5 Mio. Euro pro Jahr als freiwillige städtische Leistung erhält. Nur so konnte das Versorgungsangebot in Umfang und Qualität aufrechterhalten werden. Dieses hochwertige Angebot wollen wir auch in Zukunft aufrechterhalten. Privatisierungen auch nur von Teilen unseres städtischen Krankenhauses lehnen wir ab. Es darf aber nicht dauerhaft bei der Unterfinanzierung

durch zu gering budgetierte Fallpauschalen und damit bei der Notwendigkeit eines städtischen Zuschusses bleiben. Hier ist der Bundesgesetzgeber gefragt, der die Krankenhausfinanzierung dringend auf eine stabile Basis stellen muss.

### Frühe Förderung von Familien

Auch in der frühen Förderung von Familien wollen wir die aufgebauten hohen Standards mit flächendeckenden Hausbesuchen nach der Geburt und kostenloser Beratung durch Familienhebammen, Familieninformationsstellen, Rucksack-Gruppen, Unterstützung von Frauen in besonders belastenden Lebenssituationen, Familienkrankenschwestern und Angeboten des Kinderschutzes halten und, wo erforderlich, weiter ausbauen. Dazu gehört für uns auch der weitere Ausbau von Familienzentren im ganzen Stadtgebiet als Anlauf- und Beratungsstellen für Familien.

### Einsatz für die Belange und Rechte von Frauen

Die Gleichstellung der Geschlechter ist nach unserer Auffassung nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage, sie ist Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns in allen Bereichen der Politik für gleiche Rechte von Frauen und Männern ein. In der städtischen Sozialpolitik setzen wir uns für die Stuttgarter Frauenhäuser und die Programme gegen häusliche Gewalt und den Schutz von Frauen vor Gewalt ein. Im Bereich des Arbeitslosengeldes 2 wollen wir erreichen, dass die Mittel zur Förderung von Frauen ihrem Anteil an allen Empfängerinnen und Empfängern entsprechen. Den Schutz von Prostituierten vor Ausbeutung, Zwang und Gewalt wollen wir weiter verbessern und uns dazu auch für verbesserte rechtliche Grundlagen auf Landes- und Bundesebene einsetzen. Den städtischen Gleichstellungsbeirat wollen wir in seiner Rolle stärken.

### Trägervielfalt und ehrenamtliches Engagement sind wichtige Stützen

Ein tragfähiges soziales Netz kommt nicht ohne Beteiligung und Einbindung freiwillig engagierter Menschen aus, die in Initiativen, Selbsthilfegruppen, Vereinen und Projekten wertvolle Arbeit leisten. Dieses bürgerschaftliche Engagement wollen wir gezielt fördern und würdigen. Wir Grünen halten es für wichtig und richtig, dass öffentliche Leistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich durch ein breites Spektrum an Freien Trägern, gemeinnützigen Organisationen und sozialen Einrichtungen erbracht werden. Dadurch wird gewährleistet, dass Sozial- und Gesundheitsleistungen dezentral und nah an den Betroffenen erbracht werden. Voraussetzung hierfür ist eine partnerschaftliche, faire Zusammenarbeit mit diesen Trägern und Einrichtungen und eine verlässliche, transparente Förderung ihrer Arbeit.

### Nur ein finanzierbares Versorgungs- und Hilfesystem ist zukunftsfähig

Über allem steht die Notwendigkeit, das bestehende Versorgungs- und Hilfesystem so zu gestalten, dass es effektiv und effizient arbeitet und auch in Krisenzeiten finanzierbar bleibt. Die städtische Sozial- und Gesundheitspolitik muss sich auch in Zukunft einer kontinuierlichen Aufgabenkritik unterziehen. Die wünschenswerte und sinnvolle Übernahme neuer Aufgaben wird auch in Stuttgart nur dann möglich sein, wenn es an anderer Stelle gelingt, Kosten einzusparen oder Aufgaben zu reduzieren.

Die größten Herausforderungen, denen sich die Sozial- und Gesundheitspolitik der Stadt in den kommenden Jahren stellen muss, sehen wir Grünen bei den Großthemen Inklusion, demografischer Wandel und wachsende Armut.

### **Inklusion – die Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen**

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Bereiche des Lebens in unserer Stadt betrifft. Deshalb ist es auch gut, dass nunmehr die Erarbeitung eines Aktionsplans Inklusion direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt und koordiniert wird. Und es war ein Erfolg, dass die Stelle der ehrenamtlichen städtischen Behindertenbeauftragten endlich finanziell und personell angemessen ausgestattet und damit arbeitsfähig ist.

Stuttgart macht seit einigen Jahren Erfahrungen mit inklusiver Beschulung als Schwerpunktregion im Schulversuch des Landes. Es gibt noch viele offene Fragen und Sorgen auf allen Seiten – bei Eltern, LehrerInnen, Sonderschulen und natürlich in der Politik. Wir Grünen nehmen diese Sorgen ernst, sind aber mit Blick auf die Situation in anderen Ländern, die bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention im Schulbereich schon viel weiter sind als Baden-Württemberg, sehr zuversichtlich, dass ein gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung gelingen kann und für alle Beteiligten ein Gewinn ist. Voraussetzung für eine erfolgreiche Inklusion im Schulbereich ist eine angemessene personelle Ausstattung mit entsprechend qualifiziertem pädagogischem und medizinischem Fachpersonal. Wir Grünen setzen uns auch im Rahmen der anstehenden landesgesetzlichen Regelung zur schulischen Inklusion dafür ein, dass die Ausstattung an den Schulen bedarfsgerecht wird. Die Schülerinnen und Schüler mit Handicap sind uns wichtig. Wir haben dafür gesorgt, dass die unzureichenden Qualitätsstandards in der besonderen Schülerbeförderung deutlich angehoben wurden.

Menschen mit Behinderungen sollen insgesamt ein möglichst selbstbestimmtes Leben mitten in der Stadtgesellschaft führen können. In der Eingliederungshilfe wollen wir deshalb die Hürden bei der Nutzung des persönlichen Budgets absenken.

Die Rechte, die sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention ableiten, wollen wir konsequent umsetzen. Damit sind gewaltige Anstrengungen verbunden, da viele Lebensbereiche noch überhaupt nicht inklusiv ausgerichtet sind. Am augenfälligsten sind hier sicher die vielen Barrieren im öffentlichen Raum, in öffentlichen Gebäuden und im ÖPNV sowie das Fehlen behindertengerechter Wohnungen. Aber auch im Alltag, am Arbeitsmarkt und in der Freizeitgestaltung fehlt es an inklusiven und an ambulanten, dezentralen Angeboten.

Durch gezielte Qualifikation und durch Kooperationen mit der örtlichen Wirtschaft müssen mehr und mehr auch Zugänge zum Arbeitsmarkt eröffnet werden. Die Stadt muss hier als Arbeitgeberin eine Vorreiterrolle übernehmen.

### **Den demografischen Wandel gestalten**

Der demografische Wandel vollzieht sich in Stuttgart im Unterschied zu vielen anderen Regionen nicht in Form eines allgemeinen Bevölkerungsrückgangs. Stuttgart wird auch in Zukunft eher noch wachsen als schrumpfen. Sehr wohl aber verschiebt sich auch in unserer Stadt die Bevölkerungspyramide. Stuttgarts Einwohnerschaft wird immer älter und in der

Herkunft immer vielfältiger. Die Stadtpolitik muss sich auf diese demografischen Veränderungen einstellen und versuchen, den nachteiligen Auswirkungen der Entwicklung entgegenzuwirken.

Wir Grünen wollen, dass Stuttgart auch für junge Familien wieder ein attraktiver Wohnort wird und dass zum Geburtenrückgang nicht auch noch Abwanderung hinzukommt. Und wir wollen, dass sich wieder mehr Paare in Stuttgart gerne dazu entschließen, Kinder zu bekommen. Das setzt vor allem familienfreundlichen und finanzierbaren Wohnraum und eine kinderfreundliche Infrastruktur und Stadtgestaltung voraus. Wir begreifen die familienpolitischen und demografischen Herausforderungen auch als städtebauliche Aufgabe, die die Bauleitplanung, die Schulentwicklungsplanung, die Verkehrs- und Wohnungspolitik tangiert. Wir Grünen wollen, dass auch das Leben der Älteren in ihrer Stadt und so lange wie möglich in ihrer vertrauten Wohngegend stattfinden kann. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in privaten Wohngebäuden, altengerechte Wohnungen, ambulante Pflegedienste sowie leistungsfähige gerontopsychiatrische Dienste helfen, stationäre Klinik- und Pflegeheimaufenthalte zu vermeiden.

Die wachsende Gruppe der Älteren mit Migrationshintergrund muss gezielter als bisher angesprochen werden. Wir Grünen wollen erreichen, dass Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit Migrationshintergrund auch im Alter ihre Heimat in Stuttgart sehen können und hier ein ihre besonderen Bedürfnisse berücksichtigendes Unterstützungs- und Hilfesystem vorfinden. Interkulturelle Kompetenz ist deshalb auch im gesamten Bereich der Angebote für Seniorinnen und Senioren eine wichtige Voraussetzung in der Bewältigung des demografischen Wandels.

Wir Grünen setzen auf ambulante, dezentrale Lösungen und auf partizipative und generationenübergreifende Ansätze. In generationenübergreifenden Wohnformen und ambulant betreuten Wohngruppen können auch Menschen mit Unterstützungsbedarf länger eigenständig leben. Deshalb wollen wir die bestehenden Mehrgenerationenhäuser stärken und Stadtteil- und Familienzentren zu generationenübergreifenden Anlauf- und Begegnungsstätten machen, die auch beim Aufbau nachbarschaftlicher Unterstützungsnetzwerke helfen können. Auch hier ist ehrenamtliches Engagement eine wesentliche Voraussetzung und muss gestärkt und unterstützt werden.

Aber auch ganz neue bzw. in Stuttgart noch wenig etablierte Formen des Wohnens, wie gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte und SeniorInnenwohngemeinschaften, müssen bekannter gemacht und unterstützt werden.

### **Armut und Armutsgefährdung darf Betroffene nicht in die Isolation führen**

Armut im Alter ist heute in Stuttgart noch ein Randphänomen. Aber die Zahl derer, die mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens leben, ist in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen, auch unter den Seniorinnen und Senioren. Stuttgart gehört im Bundesvergleich zu den Städten mit der am schnellsten wachsenden Armutsgefährdung. Das zeigt auch eine zunehmende Spaltung der Stuttgarter Stadtgesellschaft auf.

Die Ursachen müssen allerdings in erster Linie auf Bundesebene angegangen werden. Durch gezielte Preisnachlässe bei städtischen Einrichtungen und Leistungen kann die Stadt aber dazu beitragen, dass Armut nicht zwangsläufig bedeutet, an den Rand der Gesellschaft



gedrängt zu werden. Mit dem System der Bonus- und Familiencard hat Stuttgart hier eine gute Grundlage, deren Möglichkeiten bei Bedarf ausgeweitet werden können, bspw. für soziale Tarife im öffentlichen Nahverkehr. Wir Grünen werden entsprechende Bedarfslagen sorgfältig prüfen und uns für notwendige Vergünstigungen einsetzen.

## **GUTE KITAS, GUTE SCHULEN, GUTE BILDUNG UND AUSBILDUNG**

Wir Grünen haben nach der letzten Kommunalwahl in Stuttgart dafür gesorgt, dass dem Ruf nach guter Bildung endlich konkrete Taten folgten. In keinem Bereich wurde seit 2009 so viel investiert wie in Kitas und Schulen. Die Versäumnisse der Vergangenheit waren gewaltig und dementsprechend hoch war der Nachholbedarf.

### **Ausbau der Kindertagesbetreuung energisch vorantreiben**

Für die Jahre von 2012 bis 2016 wurde ein Gesamtpaket von über 100 Mio. Euro an Investitionsmitteln für den Kitausbau geschürt, um die Kleinkindbetreuung und die Ganztagsbetreuung von Kindergartenkindern zu verbessern.

Erleichtert wurde das dadurch, dass die Zuschüsse des Landes an die Kommunen für die Kleinkindbetreuung von der grün-roten Landesregierung gleich im ersten Regierungsjahr mehr als verdoppelt wurden. Das ist auch für Stuttgart eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr umgesetzt werden kann. Mit dem erhöhten Betriebskostenzuschuss erhält allein Stuttgart jährlich rund 28 Mio. Euro mehr an Landesmitteln im Kita-Bereich.

Wir Grünen wollen den Ausbau der Kinderbetreuung auch in den kommenden Jahren vorantreiben, damit alle Familien in Stuttgart selbstbestimmt Familienleben und Berufstätigkeit vereinbaren und nach ihren Vorstellungen organisieren können.

Voraussetzung dafür sind attraktive Rahmenbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher und der Erhalt der Trägervielfalt. Dabei wollen wir auch die Vielzahl kleinerer Träger als wichtige Säule der Kinderbetreuung in Stuttgart erhalten.

### **Beim Ausbau auch die Qualität der Kindertageseinrichtungen im Blick behalten**

Die Angebotsqualität wollen wir in den kommenden Jahren weiterentwickeln. Dazu gehören für uns eine ausreichende Ausstattung mit Fachkräften, die kontinuierliche Evaluation und Weiterentwicklung der pädagogischen Konzepte, eine gesunde Ernährung mit einem möglichst hohen Anteil an regionalen und biologisch erzeugten Lebensmitteln, großzügige Außenflächen und Naturerfahrungsmöglichkeiten. Umweltbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Naturerfahrungen sind für uns Grüne schon im Kindergartenalter wichtige pädagogische Ansätze gerade in einer Großstadt. Auf allen diesen Feldern konnten wir in den letzten Jahren erste Akzente setzen. In den kommenden Jahren wollen wir das verstärkt tun. Mancher Wunsch von Eltern, Trägern und Einrichtungen nach besseren Rahmenbedingungen und großzügigerer finanzieller Ausstattung konnte in den letzten Jahren noch nicht erfüllt werden, weil zuerst neue Plätze geschaffen werden mussten. Dazu gehören auch über die Regelangebote hinausgehende Angebote wie erweiterte Öffnungszeiten in Randzeiten und flexiblere Betreuungsformen. Entsprechenden Bedarf wollen wir jeweils sorgfältig prüfen.

### **Familien wollen mehr Zeit für Familie**

Familie ist für uns Grüne dort, wo Kinder sind und Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Kinderbetreuung ist für viele Familien bei der Vereinbarkeit von Familien- und Arbeitsleben nur ein Teil der Lösung. Mindestens genauso groß ist der Wunsch von Eltern und Kindern nach mehr Zeit für Familie, mehr Zeit füreinander. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist deshalb immer auch eine Herausforderung für die Arbeitswelt. Der Ausbau der Kinderbetreuung soll Eltern Entscheidungs- und Wahlfreiheit und Kindern Bildungschancen eröffnen. Arbeitswelt und die Tarifpartner müssen jedoch ihrerseits für flexiblere und familienfreundlichere Erwerbsarbeitsbedingungen sorgen. Wir Grünen wollen nicht die arbeitsmarktkonforme Familie, wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt!

### **Sanierungsstau bei den Schulen systematisch abbauen**

Auch im Schulbereich haben wir nach der Kommunalwahl 2009 Vieles in Bewegung gebracht. Schwerpunkte waren der Abbau des Sanierungsstaus und die Strukturveränderungen in der Schullandschaft.

Der Sanierungsstau an den Stuttgarter Schulen betrug nahezu 500 Mio. Euro. Angesichts des desolaten Zustands vieler Schulgebäude in unserer Stadt dämmerte die bittere Erkenntnis, dass die alten Mehrheiten im Stuttgarter Gemeinderat den Haushalt auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler konsolidiert hatten. Der Haushalt war saniert und nahezu schuldenfrei, die Schulgebäude heruntergekommen. Unter grüner Federführung wurde seit 2009 nicht nur ein Schulsanierungspaket in der erforderlichen Höhe beschlossen, erstmals wurde auch ein systematischer Sanierungsplan nach Dringlichkeit und tatsächlichem Bedarf erstellt. Mit der Grundsteuererhöhung haben wir zudem die finanzielle Basis für diesen mehrjährigen Sanierungsplan gelegt.

### **Stuttgarts Schullandschaft in Bewegung**

Zeitgleich mit der Sanierung wurden große Um- und Ausbauten in Angriff genommen, denn die Schulstruktur in Stuttgart verändert sich wie im ganzen Land dramatisch. Das dreigliedrige Schulsystem hat sich endgültig als nicht zukunftsfähig erwiesen, die Haupt- und Werkrealschulen als Auslaufmodell mit drastisch sinkender Akzeptanz. Dementsprechend sind Schulschließungen und Zusammenlegungen bei den Haupt- und Werkrealschulen in den kommenden Jahren unumgänglich. Hier gilt es, das hervorragende pädagogische Know-How der Haupt- und WerkrealschullehrerInnen für die Schulen in Stuttgart zu erhalten. Die Bildungsreformen des Landes und der demografische Wandel bringen darüber hinaus auch in Stuttgart die Schullandschaft insgesamt in Bewegung. Wir Grünen wollen, dass sich Stuttgart zu einem exzellenten Schulstandort weiterentwickelt mit attraktiven, akzeptierten Schulen und motivierenden Lern- und Arbeitsbedingungen.

**Das berufliche Schulwesen stärken**

Das Angebot an Berufs-, Fach-, MeisterInnen- und TechnikerInnenschulen ist ein wichtiger Standortfaktor und ein Alleinstellungsmerkmal für Stuttgart. Wir setzen uns dafür ein, dass auch das berufliche Schulwesen gute Rahmenbedingungen und Unterstützung erhält. Dazu gehören gute Schulgebäude, eine technische Ausstattung, die auf dem neuesten Stand ist und eine zukunftsorientierte Ausbildung ermöglicht sowie die Einrichtung von Kantinen und Mensen.

**Freie Schulen unterstützen**

In Stuttgart gibt es wichtige Reformschulen mit langer Tradition. Seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts gibt es zum Beispiel Waldorfschulen, aber auch viele andere freie Schulen verschiedenster pädagogischer Ausrichtungen, die von engagierten Schulgemeinschaften getragen werden. Freie Schulen können sich unserer Unterstützung sicher sein. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass ihnen Raum für Entwicklung gegeben wird. Sie sind die Pfadfinder für neue pädagogische Konzepte und Angebote.

**Schulentwicklungsplanung gemeinsam mit den Betroffenen**

In der Schulentwicklungsplanung muss die Stadt als Schulträgerin der öffentlichen Schulen deshalb eng mit den Schulgemeinschaften, den Eltern und LehrerInnen, mit den staatlichen Schulbehörden, aber auch mit den Bezirksbeiräten vor Ort zusammenarbeiten. Neben den allgemeinbildenden Schulen müssen dabei auch die beruflichen Schulen in die Schulentwicklungsplanung einbezogen werden.

Wichtig ist mit Blick auf die Veränderungen an den Schulen und die heterogener werdenden Schülerschaften auch der Ausbau der Schulsozialarbeit, die in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt wurde. In den letzten Haushalten haben wir hier auch Dank der unter Grün-Rot wieder eingeführten Landesförderung bereits für einen Ausbau gesorgt, so für eine flächendeckende Versorgung der Realschulen. Der Nachholbedarf ist aber nach wie vor groß, denn auch an den beruflichen Schulen und an den Gymnasien wird Schulsozialarbeit dringend benötigt. In den kommenden Jahren wollen wir dafür sorgen, dass es an allen Stuttgarter Schulen Schulsozialarbeit gibt.

**Längeres gemeinsames Lernen ist ein Erfolgsrezept**

Wir sehen auch in Stuttgart die Gemeinschaftsschule als wichtige Säule der zukünftigen Schullandschaft. Ihr neuer Ansatz des längeren gemeinsamen Lernens und der individualisierten Lernformen ist ein im ganzen Land begehrtes Erfolgsmodell mit einem hohen Maß an Bildungsgerechtigkeit. Wo die Entwicklung weiterer Schulen zu Gemeinschaftsschulen vor Ort gewünscht wird, werden wir Grünen diese Entwicklung wie bisher aktiv unterstützen.

**Ganztagsschulen mit hohen Standards**

Zu den grundlegenden Entwicklungen der kommenden Jahre gehört auch der Ausbau von Ganztagsschulen. Nachdem die alten Mehrheiten in der Vergangenheit primär aus ideologischen Gründen das Angebot an Ganztagsschulen in Stuttgart klein gehalten hatten, ist auch hier der Nachholbedarf gewaltig. Der 2011 gefasste Grundsatzbeschluss zum

flächendeckenden Angebot von Ganztagsgrundschulen ist deshalb ein Meilenstein für die Schulentwicklung in Stuttgart und reagiert auf den großen Bedarf und die große Nachfrage im Ganztagsschulbereich. Mit diesem nun in der Umsetzung befindlichen flächendeckenden Ganztagsschulangebot wollen wir möglichst rasch dafür sorgen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Stuttgart nicht mehr mit dem Schuleintritt des Kindes enden muss. Gleichzeitig sorgen neben den reinen Ganztagschulen die mehrzügigen teilgebundenen Ganztagschulen, in denen es neben den Ganztagsklassen nach wie vor auch Halbtagsklassen gibt, und die bei halbtägigem Unterrichtsangebot verbleibenden Schulen dafür, dass die Wahlfreiheit der Eltern erhalten bleibt. Und die Entscheidung darüber, ob eine Schule Ganztagschule wird, trifft in erster Linie die Schulgemeinde, keine Schule wird gegen den Willen der Lehrer- und Elternschaft zur Ganztagschule umgewandelt.

Die Auswirkungen auf die Arbeit der vorhandenen Horte muss sorgfältig und in Abstimmung mit den Betroffenen geprüft werden. Keine der bewährten Strukturen soll abgebaut werden dürfen, bevor die neuen Strukturen an der Grundschule aufgebaut sind. Bei Ganztagsgrundschulen in Stuttgart haben wir Grünen hohe Qualitätsstandards durchgesetzt. So erhält jede Ganztagschulklasse neben den acht zusätzlichen Lehrerwochenstunden 30 Stunden städtisch finanzierte Betreuung durch pädagogisches Fachpersonal. Diese Personalausstattung ist bundesweit einmalig. Daneben gibt es für jede Ganztagsgrundschule eine Investitionspauschale in Höhe von 3,5 Mio. Euro für bauliche Maßnahmen wie Mensaausbau oder Freiraumgestaltung.

**Ganztagsschulen flexibel gestalten und für außerschulische Angebote öffnen**

Sowohl bei der anstehenden Schulgesetzänderung auf Landesebene als auch bei der Umsetzung in Stuttgart wollen wir, dass Ganztagsschulen auch für diejenigen Familien attraktiv sind, die auch außerschulisch ihre Kinder im musischen, kulturellen, sportlichen, therapeutischen, religiösen oder muttersprachlichen Bereich fördern möchten. Das erfordert eine gewisse Flexibilität, ohne dass es deshalb zu Qualitätseinbußen beim pädagogischen Rahmen kommen darf. Die geplanten landesgesetzlichen Regelungen mit der Möglichkeit, rhythmisierten Ganztagsbetrieb an drei oder vier Tagen mit sieben oder acht Zeitstunden anzubieten, lassen den Kommunen und Schulen große Spielräume für flexible, den Elternwünschen entsprechende Ganztagsschulangebote. Das vom Gemeinderat beschlossene pädagogische Rahmenkonzept für die Stuttgarter Ganztagsgrundschulen werden wir nach der anstehenden Schulgesetzänderung des Landes entsprechend anpassen.

Wir wollen darüber hinaus dafür sorgen, dass sich Ganztagsschulen mehr noch als bisher nach außen öffnen und möglichst viel Know-how und Kompetenzen aus dem außerschulischen Bildungs- und Betreuungsangebot aufnehmen. Neben den Sportvereinen wollen wir vor allem Kooperationen mit Kunst- und Kulturschaffenden fördern und Ganztagsschulen mit außerschulischen kulturellen Angeboten vernetzen.

## KULTURELLE VIELFALT SICHERN UND WEITERENTWICKELN

Das Kulturleben der Stadt fördert die kommunale und regionale Identität und trägt ganz wesentlich dazu bei, dass unterschiedliche und widersprüchliche Lebensweisen in einer Großstadt vereinbar werden.

### „Kultur im Dialog“ – ein wegweisender Prozess von und für Stuttgarts Kultur

Angeregt durch Stuttgarter Kulturschaffende war die örtliche Kulturpolitik der letzten Jahre geprägt von einem breit angelegten Diskurs über Kulturpolitik, dem Prozess „Kultur im Dialog – Stuttgart“. Wir Grünen haben diesen Prozess unterstützt, ermöglicht und auch inhaltlich mitgestaltet. Seine Ergebnisse erachten wir als wichtig und wegweisend für die Weiterentwicklung der Stuttgarter Kulturlandschaft und die Kulturpolitik der kommenden Jahre.

### Kulturförderung als Investition in Gesellschaft und Zukunft der Stadt

Stuttgart wird als Wirtschaftsstandort, aber auch als Kulturstandort weit über die Stadtgrenzen hinaus wahrgenommen. Die breite Kulturlandschaft Stuttgarts trägt dazu bei, dass sich Menschen aus Stuttgart, aber auch aus anderen Teilen der Welt hier wohlfühlen. So ist die Förderung von Kunst und Kultur kein verlorener Zuschuss, sondern vielmehr eine Investition in unsere Gesellschaft und unsere Zukunft.

### Sanierungsstau und Nachholbedarf auch in der Kultur

Der Erhalt der Infrastruktur unserer Kulturlandschaft liegt uns genauso am Herzen wie auch Neues und Junges in Kunst und Kultur. Manches wurde in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt und musste nun mit gewaltigen Anstrengungen ermöglicht werden. Die Württembergischen Staatstheater mussten und müssen weiter saniert werden, der Neubau der John Cranko Schule ist endlich auf den Weg gebracht.

### Strukturelle Unterfinanzierungen aufbrechen

Die breite Landschaft der privaten Theater war durch das Einfrieren der Zuschüsse über zehn Jahre hinweg strukturell unterfinanziert. Diese Unterfinanzierung konnte aufgebrochen werden.

Die Musikstadt Stuttgart ist in der Breite wie in der Spitze hervorragend aufgestellt. Keine andere Großstadt in Deutschland hat so viele Chöre und Orchester. Wir haben im Stadthaushalt deshalb die Förderung des Laienmusizierens deutlich aufgestockt, aber auch die professionellen Ensembles und Klangkörper weiter gestärkt.

Das Stuttgarter Ballett genießt Weltruf, aber auch eine weitere Blüte der Tanz- und Ballettstadt Stuttgart, Gauthier Dance am Theaterhaus, trägt zum hervorragenden Kulturleben und zum guten Ruf Stuttgarts bei. Wir haben uns bereits früh und erfolgreich für Gauthier Dance eingesetzt und Mehrheiten für seine Unterstützung und die des Neuen Festivals organisiert. Der Erhalt und die Zukunft dieses hochklassigen Ensembles ist für Stuttgart auch in Zukunft von großer Bedeutung.

Dass unser Antrag für den Fonds für Zeitgenössische Kunst im öffentlichen Raum in den letzten Haushaltsberatungen eine Mehrheit gefunden hat, ist ein großer Erfolg. Besonders

wichtig ist zudem, dass nun auch Gelder für die Kulturvermittlung und für den Aufbau eines kulturpädagogischen Dienstes bereit stehen. Die kulturelle Bildung in den Stuttgarter Schulen wird damit deutlich gestärkt.

### Engpässe beim Raumangebot entschlossen angehen

Aber es gibt noch viel zu tun. Es fehlt in Stuttgart an Raum für Kunst und Kultur. Während dem Varieté mit einem Grundstück am Theaterhaus kurzfristig geholfen und der Weiterbetrieb der Rosenau ermöglicht werden konnte, fehlt es nach wie vor an Räumen für die Freie Tanz- und Theaterszene. Die von uns auf den Weg gebrachte Agentur für Freiräume bei der Wirtschaftsförderung war uns auch deshalb so wichtig.

Den Wegfall von Röhre und Landespavillon in Folge der Stuttgart 21-Planungen wollen wir nicht einfach so hinnehmen und uns anders als die politischen VerursacherInnen dieses Kahlschlags weiter für Ersatzspiel- und -veranstaltungsorte einsetzen.

Auch die sogenannte Sub- und alternative Clubkultur braucht Freiräume. Wir Grünen wollen uns verstärkt dafür einsetzen, dass zusätzlich zur Vermittlung von Interimsflächen auch bei der Stadtentwicklung systematisch nach kulturellen Freiräumen geschaut wird.

Stuttgart ist auch SkaterInnen- und Hip-Hop-Stadt und kann darauf ebenso stolz sein wie auf seine renommierte Hochkultur. Deshalb sind wir für mehr ausgewiesene Graffiti- und Street-Art-Flächen im Stadtgebiet. Die Hall of Fame in Bad Cannstatt ist über Landesgrenzen hinaus bekannt und gibt wertvolle Einblicke in die Stuttgarter Jugendkultur. Derartige Flächen müssen aktiv gesucht und großzügig ausgewiesen werden. Hier sind durchaus auch private Grundstücksbesitzer gefragt.

### Film- und Kreativwirtschaft im Aufbruch

Film- und Kreativwirtschaft haben sich in den letzten Jahren in Stuttgart zu einer festen Größe entwickelt. Das Internationale Trickfilmfestival, die FMX, die Filmschau Baden-Württemberg und zahlreiche weitere Festivals machen unsere Stadt attraktiv und bringen KünstlerInnen und Publikum nach Stuttgart. Für das Projekt Filmhaus/Neues Kommunales Kino haben wir eine Förderung beschlossen, die dieser Aufgabe Rechnung tragen soll. Den weiteren Weg dieser wichtigen Institution wollen wir Grünen positiv unterstützen und begleiten.

### Konflikte zwischen Club- und Kulturszene einerseits und AnwohnerInnen andererseits entschärfen

Für die zunehmenden Konflikte zwischen nächtlichem Club- und Kulturleben einerseits und ruhebedürftigen AnwohnerInnen andererseits gibt es keine einfache Lösung. Wir Grünen setzen uns seit vielen Jahren dafür ein, dass die Stuttgarter Innenstadt nicht nur Einkaufs-, Arbeits- und Freizeitort ist, sondern eben auch bewohnte Stadt. Dazu gehört, dass die hier lebenden Menschen in ihren Rechten und Bedürfnissen geschützt werden müssen. Gleichzeitig muss in einer Großstadt auch Raum sein für Kreativität, Lebensfreude und ausgelassenes Feiern. Das verlangt von den einen Verantwortungsbewusstsein und Respekt vor dem Schutz- und Ruhebedürfnis der Anwohnerinnen und Anwohner, von den anderen ein höheres Maß an Toleranz, als dies in den Außenbezirken erforderlich ist. Hier den richtigen Weg und ein Miteinander statt Gegeneinander zu finden, ist eine wichtige Herausforderung

für die kommenden Jahre. Wir Grünen wollen hier verstärkt vermitteln und bei der Suche nach praktikablen Lösungen unterstützen.

### **Erfolge als Maßstab und Ansporn für die Zukunft**

Das Erreichte wird uns Maßstab und Ansporn sein. In unserem letzten Wahlprogramm stand: „Kulturpolitik hat für die Stuttgarter Grünen eine zentrale Bedeutung.“ Mit dieser Aussage kann man uns auch für die nächsten fünf Jahre beim Wort nehmen.

## **MEHR GRÜN FÜR STUTTGART – ZUM SCHUTZ VON MENSCH, NATUR UND KLIMA**

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein zentrales grünes Anliegen. Wir Grünen stehen für eine Politik der Nachhaltigkeit, die nicht heute die Lebensgrundlagen von morgen zerstört.

### **Global denken, lokal handeln**

Die biologische Vielfalt von Tieren, Pflanzen und Lebensräumen auf der Erde ist die „Lebensversicherung“ des Menschen. Wir Grünen orientieren uns deshalb am Leitbild „global denken, lokal handeln“. Der Vorrang des Umwelt- und Klimaschutzes, die Wiederherstellung und der Schutz von Natur und Biodiversität sind deshalb unverrückbarer Grundsatz grüner Politik auch in der Kommunalpolitik.

Zudem hängen Stuttgarts Attraktivität und Lebensqualität auch unmittelbar von der Qualität der hiesigen Umwelt ab. Eine gesunde, lebenswerte Umwelt ist ein vielfach unterschätzter, entscheidender Standortfaktor und die Voraussetzung für das Wohl unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Wenn es aber darauf ankommt, sind wir Grünen meist die einzige politische Kraft, die für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz eintritt und nachhaltiges politisches Handeln ernst nimmt.

### **Schutz von Freiflächen und Frischluftschneisen**

So brauchte es starke Grüne, um nach der Kommunalwahl 2009 endlich den Paradigmenwechsel in der Flächenpolitik durchzusetzen und wertvolle Freiflächen wie in Hoffeld-West, an der Rommelshäuser Straße, an der Parlerstraße, in der Äußeren Bainte oder an der Goslarer Straße vor Bebauung zu schützen.

Zwar ist der Flächenverbrauch in Stuttgart in den letzten Jahren zurückgegangen, immer wieder wurden aber wertvolle Freiflächen beplant und es fanden sich auch immer wieder Mehrheiten, die sich lieber für den Bagger als für den Acker, die Wiese oder die Frischluftschneise entschieden.

Für uns Grüne sind Streuobstwiesen, Grünflächen in Frischluftentstehungsgebieten, Freiflächen in Frischluftschneisen und landwirtschaftliche Flächen kein Bauerwartungsland, sondern Garanten der Lebensqualität in Stuttgart und deshalb absolut schützenswert. Aber auch unabhängig von ökologischen Überlegungen erweist sich der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ als sinnvoll und richtig. So zeigen die Zeitstufenliste Wohnen und das nachhaltige Bauflächenmanagement auf, dass es noch genug innerstädtische Flächen zu bebauen gibt, seien es Konversionsflächen oder Brachflächen. Innenflächen sind

auch ökonomischer als Außenflächen, nutzen sie doch die schon bestehende Infrastruktur wie Kanäle, Leitungen, Straßen, Kitas und Schulen. Bei der Innenentwicklung wollen wir auf vorhandene wertvolle ökologische Strukturen Rücksicht nehmen.

### **Schutz der charakteristischen Kulturlandschaft**

Zur schützenswerten Umwelt gehören auch die zahlreichen Landschaftsbild prägenden Trockenmauergebiete, die neben den Streuobstwiesen die charakteristische Kulturlandschaft Stuttgarts prägen. Mit einem Förderprogramm zum Erhalt der historischen Terrassenweingebäude mit ihren Wandel- und Pflasterwegen und Trockenmauern wollen wir auch in Zukunft die wertvolle Kulturlandschaft erhalten und pflegen. Glücklicherweise geht hier Biotop- und Artenschutz sowie Erhalt der Kulturlandschaft Hand in Hand.

### **Stadtbäume gehören zur Stadt**

Genauso wichtig wie Freiflächen im Außenbereich und Grünzonen im Innenbereich sind für Stuttgart Stadtbäume. Nicht selten sind sie älter als diejenigen, die sie für jedes beliebige Bauvorhaben als „vegetative Übermöblierung“ aus dem Weg räumen wollen. Stadtbäume bieten Lebensqualität für Menschen, Lebensraum für Tiere, filtern Luft, absorbieren Lärm und spenden Schatten und Feuchtigkeit. Nicht zuletzt wirken sie auch identitätsstiftend. Stadtbäume gehören für uns zum gewachsenen Stadtbild und sind grundsätzlich schützenswert. Die Abholzung großer Teile des Mittleren Schlossgartens für Stuttgart 21 haben wir vehement abgelehnt und bekämpft. Dass dieser Kahlschlag am Ende doch nicht verhindert werden konnte, empfinden wir Grünen als bittere Niederlage und nicht zu kompensierenden Verlust für die ganze Stadt. Mit der Novellierung der Baumschutzsatzung ist es uns gelungen, den Schutz der Bäume deutlich zu verbessern. Wir werden uns darüber hinaus auch in Zukunft engagiert dafür einsetzen, dass Stadtbäume geschützt und nicht leichtfertig zur Disposition gestellt werden.

### **Stuttgarts Wald als Chance für Natur- und Artenschutz nutzen**

Außerhalb der bebauten Stadt verfügt Stuttgart über große Waldflächen. 25 Prozent der Stuttgarter Gemarkung sind bewaldet. Es ist uns gelungen, den Naturschutz bei der Bewirtschaftung des Waldes fest zu verankern. Auf unsere Initiative hin wird der Stuttgarter Stadtwald bald nach FSC-Kriterien zertifiziert werden. Im Rahmen eines Tot- und Altholzkonzepts, bei dem alte Bäume als Brut- und Nistmöglichkeiten einfach zerfallen dürfen, und durch die Ausweisung von Habitatbaumgruppen werden rund 5 Prozent der Waldfläche komplett aus der Bewirtschaftung herausgenommen, damit sich kleine Urwälder entwickeln und Lebensräume für bedrohte Fauna bilden können. Eine große Herausforderung, der wir uns stellen wollen, wird der Umbau des Stuttgarter Waldes an die Anforderungen des weit fortgeschrittenen Klimawandels sein.

### **Artenschutz und biologische Vielfalt in der Stadt**

Auch in einer Großstadt gibt es eine hohe Vielfalt an heimischen Tier- und Pflanzenarten, die es zu schützen und zu bewahren gilt. 2009 stimmte Stuttgart der Konvention über die biologische Vielfalt zu. Wir haben nun endlich die Entwicklung eines Artenschutzkonzeptes



auf den Weg bringen können. Damit sollen nicht nur Arten und Biotope erfasst, sondern zukünftig vor allem Schutzmaßnahmen konzeptionell geplant und aktiv umgesetzt werden. Zum Natur- und Artenschutz in der Großstadt gehören auch naturnahe und artenreiche öffentliche Grünflächen. So sind Wild- und Honigbienen akut gefährdete Arten, die statt aufwendig zu pflegender Zierpflanzenbeete und häufig gemähtem Rasen mehrjährige, einheimische Pflanzen benötigen. Wir Grünen haben uns auch hier erfolgreich für ein Umdenken eingesetzt und eine naturnahe Pflege der innerstädtischen Wiesen und Grünstreifen initiiert. Genauso wichtig sind hier aber die zahlreichen Initiativen aus der Bürgerschaft, die im eigenen Garten, auf dem eigenen Balkon, oder durch „Urban Gardening“-Projekte für mehr Grün in der Stadt und eine naturnahe Grünpflege sorgen. Wir wollen die vielfältige naturnahe Begrünung unserer Stadt weiter unterstützen und ermöglichen und auch ein Stück mehr Wildnis in unserer Stadt zulassen. Dazu gehören auch Programme zur Entsiegelung und Begrünung von Hinterhöfen, Fassaden, Dächern und Stadtbahntrassen.

### **Tierschutz in der Stadt ernst nehmen**

Stuttgart ist nicht nur Lebensraum für wildlebende Tiere, sondern auch für Haus- und Nutztiere. Tierschutz ist Staatsziel, dem die Kommunalpolitik verpflichtet ist.

Wir Grünen setzen uns für den Schutz des natürlichen Lebensraums der Wildtiere in Stuttgart ein, aber auch für den Tierschutz, so z.B. für die finanzielle Absicherung des Tierheims Botnang. Wir wollen den Tierschutzgedanken über pädagogische Angebote in Kitas und Schulen befördern.

Den weiteren Ausbau von Taubenschlägen wollen wir unter Einbeziehung der Ehrenamtlichen in allen Stadtbezirken, in denen Bedarf besteht, vorantreiben und zu einem systematischen Taubenmanagement weiterentwickeln. Nur so kann eine den Anforderungen des Tierschutzes genügende, effektive Eindämmung und Kontrolle des Taubenbestandes gelingen.

### **Klimaschutz und Energiewende sind Verpflichtung und Chance**

Global denken, lokal handeln erfordert vor allem erhebliche Anstrengungen der Kommunen beim Klimaschutz. Dramatisch nämlich der jüngste Bericht des Weltklimarates Ende September 2013: Die Durchschnittstemperatur steigt bis Ende des Jahrhunderts um 4,8 Grad, die Meere werden viele Länder dieser Erde einfach überfluten. Verantwortlich dafür ist der Mensch. „Umsteuern – aber schnell!“, lautet der dringende Appell der WissenschaftlerInnen. Der Ausbau der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, Energieeinsparungen und Energieeffizienz sind aber nicht nur Instrumente im Kampf gegen den Klimawandel, sie sind in Zeiten steigender Energiepreise und knapper werdender fossiler Ressourcen eine Investition in den Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg der Zukunft.

Wir Grünen haben auf diesem Gebiet in Stuttgart im Laufe der Jahre große Erfolge erzielt. So haben wir bei der Gebäudedämmung immer dort, wo die Stadt Einfluss nehmen kann, hohe Standards gesetzt. Auf städtischen Flächen und bei städtischen Neubauten haben wir EnEV 2009 minus 30 Prozent zum verpflichtenden Standard erhoben.

Seit Anfang 2012 verwendet die Stadt für ihren eigenen Strombedarf 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien. Ein Erfolg für uns Grüne, ein großer Erfolg für das Klima. Was

wir 2008 mit einem Antrag auf 25 Prozent initiierten, haben wir jetzt durchgesetzt. Und auch die städtische Tochter SSB holt ihren Strom inzwischen zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien.

Für Projekte wie SEE (Stadt mit Energieeffizienz) und weitere städtische Programme zur Energieeinsparung (z.B. durch verwaltungsinternes Contracting) haben wir uns vehement eingesetzt und erreicht, dass sie zu einem bundesweit beachteten Erfolgsmodell geworden sind. Ebenso haben wir erreicht, dass in Stuttgart eine Bioabfallvergäranlage zur energetischen Nutzung des Stuttgarter Biomülls gebaut wird.

Auf Stuttgarter Gemarkung liegen die größten Potenziale der Energiewende allerdings in der Energieeinsparung und der Energieeffizienz. So liegt ein nicht unerheblicher Teil des örtlichen Stromerzeugungspotenzials dezentral in den Heizungskellern des Gebäudebestandes. Diesen Schatz gilt es künftig mittels Kraft-Wärme-Kopplung zu heben. Dabei ist auch private Initiative und Investition gefragt. Hier wollen wir, dass die neuen Stuttgarter Stadtwerke zusammen mit dem Energie-Beratungs-Zentrum und der Stadtverwaltung gezielt beraten, fördern und Anreize setzen. In der energetischen Sanierung, attraktiven Contracting-Modellen, intelligenten Netzen, Nahwärmenetzen, Pumpentauschprogrammen usw. stecken noch gewaltige Potenziale für die Energiewende und den Klimaschutz in Stuttgart, die wir entschlossen anpacken wollen.

### **Gesundes Essen ist gut für Mensch, Natur und Klima**

Essen aus regionalen, saisonalen und biologisch erzeugten Nahrungsmitteln ist gut für die Gesundheit, schützt unsere Böden vor Schadstoffen, schont das Klima und ganz nebenbei schmeckt es auch besser. Wir Grünen haben uns erfolgreich für höhere Anteile an gesunden Lebensmitteln aus regionaler und biologischer Produktion in den städtischen Kitas, Schulen und Betriebskantinen eingesetzt. Sukzessive wollen wir diese Anteile weiter erhöhen – für ein gesünderes, umweltfreundlicheres und klimaschonenderes Essen in den Kitas, Schulen und Kantinen.

## **GRÜNE STADTENTWICKLUNG FÜR EIN URBANES, MENSCHLICHES STUTTGART**

Großstädte sind in dauerndem Wandel begriffen. Das macht ihre wirtschaftliche Bedeutung und ihre Anziehungskraft für KundenInnen und BesucherInnen aus. Eine Großstadt wie Stuttgart muss jedoch darauf achten, dass sie ihren Charakter bewahrt und sich ihre eigenen BewohnerInnen mit ihr gerne identifizieren.

### **Schutz und Verbesserung des öffentlichen Raums und des innerstädtischen Wohnumfelds**

Stuttgart wird im nächsten Jahrzehnt eine Stadt der Großbaustellen sein, in der das Vorkommen und der Aufenthalt erschwert möglich sein wird. Um so nötiger wird es sein, dass der öffentliche Raum der Stadt, das Wohnumfeld in den verschiedenen Bezirken, die öffentlichen Parks und Gärten, die Sport- und Erholungsflächen für die StadtbewohnerInnen bewahrt und vor allem verbessert werden. Immer mehr Menschen wohnen gerne in der Stadt, wollen sich dort auch aufhalten und erholen, wollen sportlich aktiv sein, im Verein oder allein.



Es ist der Gemeinderat und die Verwaltung, die verantwortlich für die freie Nutzung und den guten Zustand der öffentlichen Räume zuständig sind. Gerade wir Stuttgarter Grünen verstehen uns seit je als PatenInnen des öffentlichen Raums, die Bürgerinteressen vor dessen kommerzielle Nutzung stellen. So haben wir uns gerne eingesetzt für Initiativen, die Brachflächen der Stadt gärtnerisch temporär nutzen wollen (Urban Gardening).

Grüne in den Bezirksbeiräten und im Gemeinderat achten mit Argusaugen darauf, wie mit den Grünflächen, den wertvollen Bäumen und dem Baumbestand in der Stadt umgegangen wird. Bei der Villa Berg und ihrem Park sehen wir die historische Gelegenheit, verloren gegangene Parkflächen zurückzugewinnen und einem innerstädtischen Juwel wieder zu altem Glanz zu verhelfen. Wir unterstützen die Pläne von Oberbürgermeister Kuhn, die Villa und ihren Park der Bürgerschaft zurück zu geben. Die Villa soll vor dem Verfall gerettet und saniert, die Studios beseitigt und der Park rekultiviert werden. Bei der Gestaltung des Parks und der Nutzung der Villa sollen die Bürgerinnen und Bürger mitreden.

Öffentlicher Raum muss wo möglich barrierefrei ausgestaltet werden, das gebietet die Verpflichtung auf die UN-Behindertenrechtskonvention, aber auch die demografische Alterung der Stadtgesellschaft. Damit niemand von seiner Nutzung ausgeschlossen bleibt, wollen wir für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sorgen, wo immer dies möglich ist. Eine gewaltige Aufgabe, die noch viele Jahre in Anspruch nehmen wird.

Die Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum, die gerade an Wochenenden auf öffentlichen Plätzen der Innenstadt nicht selten mit überbordendem Lärm, Vermüllung, Alkoholkonsum und Sicherheitsproblemen einhergehen, nehmen wir sehr ernst. Die Einrichtung von Verbotszonen lehnen wir aber ab, da sie die Probleme nur verlagern. Einfache Lösungen gibt es hier nicht, wir wollen die Betroffenen und die Entwicklung aber auch nicht einfach sich selbst überlassen. Wir sehen es als wichtige kommunalpolitische Aufgabe der kommenden Monate an, gemeinsam mit den Betroffenen – AnwohnerInnen, WirtInnen, ClubbetreiberInnen – und den Behörden nach Lösungswegen zu suchen, die funktionieren.

#### **Städtebau muss maßstäblich sein und sich am Stadtbild orientieren**

Damit die Stadt als ein Ganzes wirkt, damit sich ein Stadtbild ergibt, müssen sich Baumaßnahmen in ihrer Maßstäblichkeit selbstverständlich an ihrer Umgebung orientieren. Und gerade in Stuttgart muss historische Substanz, müssen Baudenkmäler, Gebäude und Ensembles mit stadtbildprägendem Charakter oder heimatgeschichtlicher Bedeutung viel stärker geschützt werden. Erhaltungs- bzw. Gestaltungssatzungen und städtebauliche Rahmenpläne sollten künftig die bereits vorhandenen Stadtentwicklungskonzepte sinnvoll ergänzen. Wo notwendig, müssen besondere Denkmäler wie die letzten Barockhäuser im Leonhardsviertel über eine aktive Grundstücks politik und die entschlossene Ausübung von Vorkaufsrechten vor dem endgültigen Verfall gerettet werden.

Der weiteren Bebauung der Stuttgarter Halbhöhenlagen mit immer mächtigeren Baukörpern haben wir aus stadtgestalterischen wie aus stadtklimatischen Gründen mit dem Rahmenplan Halbhöhenlagen einen Riegel vorschieben können.

Mit dem in Erarbeitung befindlichen Rahmenplan Talgrund West soll im dicht besiedelten Westen die weitere Entwicklung gezielter gesteuert werden. Das zentrale Ziel „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ darf nicht zu einer unkontrollierten Verdichtung bereits

hoch verdichteter Stadtteile führen. Bei der Innenentwicklung gilt es, Möglichkeiten der Verdichtung und des Bauens genauso in den Blick zu nehmen wie Wohnumfeldverbesserungen durch Entsiegelung oder die Schaffung neuer Grünflächen.

Immer muss die städtebauliche und stadtklimatologische Gesamtsituation im Blick sein, Einzelprojekte müssen im Zusammenhang gesehen werden. Auch dem Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, darf nicht alles andere untergeordnet werden.

#### **Innenentwicklung vor Außenentwicklung**

Wir Grünen kämpfen weiter gegen unnötige Flächenversiegelung und für Innenentwicklung statt Außenentwicklung. Unbebauter Boden ist ein rares Gut, unerlässlich für die Grundwasser- und Frischluftneubildung und die Nahrungsmittelproduktion. Auf seinen Erhalt achten wir deshalb sorgsam.

Im Bestand wollen wir städtische Vielfalt, kleinteilige Parzellierung und die klassische Stuttgarter Blockrandbebauung schützen gegen meist InvestorInnen getriebene Planungen, gesamte Blöcke abzureißen und komplett zu überbauen. Dazu soll das bestehende planungs- und baurechtliche Instrumentarium einer strategischen kommunalen Grundstücks politik für städtebauliche Schlüsselgrundstücke und -gebiete konsequent angewandt werden.

#### **Die Wiederentdeckung der Stadt am Fluss – Stadtentwicklung in städtische Naturräume und Kulturlandschaften einbetten**

Ein drittes Prinzip ist uns die Einbettung urbaner Nutzungen in den umgebenden Natur- und Kulturlandschaftsraum. Das bedeutet z.B., dass sich die Stadtgestaltung hinsichtlich der Sichtachsen und Wegeverbindungen auf die abwechslungsreiche Topografie der Stadt und speziell auf den Neckar beziehen muss.

Die Wiederentdeckung und Weiterentwicklung Stuttgarts als Stadt am Fluss wollen wir durch die Umsetzung konkreter Projekte in den Bezirken am Neckar vorantreiben. Der Neckar muss für das Stadtbild und die Naherholung erlebbarer und erreichbarer werden. Ideen und Planungen dazu gibt es genügend. In die Umsetzung sind wir eingestiegen, nun muss die Rückeroberung der Stadt am Fluss kontinuierlich fortgeführt werden.

#### **Die Gesamtentwicklung im Blick, die Bürgerschaft plant mit**

Insgesamt wollen wir in der Stadtplanung und Stadtgestaltung eine bürgernahe, gesamtstädtische, integrative, langfristige und nachhaltige Stadtentwicklung etablieren, die die Gesamtentwicklung im Blick hat, die Bürgerschaft bei der Planung beteiligt und die Einzelziele sowie die verkehrlichen, ökologischen, ökonomischen und sozialen Ziele zusammenbindet.

#### **Raum für Bewegung schaffen – für alle Generationen**

Gerade Kinder brauchen für ihre gesunde körperliche und psychische Entwicklung ausreichend Freiflächen, die für sie sicher erreichbar sind und vielfältige Spiel- und Erfahrungsmöglichkeiten bieten. Auch Kinder haben ein Recht auf „Landschaft“ im öffentlichen Raum, und gerade in eng bebauten Wohnkomplexen oder Stadtbezirken fehlt oftmals jeglicher Zugang zur Natur.

Für uns Grüne ist daher das Schaffen ausreichender Spiel- und Naturerfahrungsflächen ein wesentlicher Aspekt bei der gerechten Teilhabe an Lebensqualität. Die gezielte Förderung und Planung solcher Flächen, die im Zuge der Ganztagsbetreuung verstärkt auch von Kitas und Schulen genutzt werden können, ist nicht nur ein städtebauliches Ziel, sondern ein wesentlicher Baustein in der von uns geforderten qualitativen Verbindung von Bildung, Erziehung und Betreuung. Die Verwirklichung des Naturerfahrungsraums Klüpfelstraße im Stuttgarter Westen ist hier ein erster, wichtiger Erfolg.

Aber auch Jugendliche brauchen Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten in der Stadt. Für uns Grüne gehören Jugendliche in die Mitte unserer Stadt, nicht an die Ränder, in Ecken und Nischen. Wir wollen uns deshalb gezielt für mehr nichtkommerzielle Aufenthaltsorte einsetzen, die Jugendliche für Freizeitaktivitäten nutzen können. Dazu gehören auch nicht vereinsgebundene Sport- und Freizeitangebote wie Skateranlagen, Pumptracks, Bolzplätze und ausgewiesene Graffiti- und Street-Art-Flächen.

In einer lebenswerten Stadt muss es vielfältige Möglichkeiten für Sport, Freizeitaktivitäten und kulturelle Entfaltung geben, auch im öffentlichen Raum. Für uns ist Stadt Bewegungsraum, der gestaltet werden muss. Durch einfache Maßnahmen wie die Kennzeichnung und Ausweisung von Joggingstrecken, die nicht an luftschadstoffbelasteten Straßen entlang führen, haben wir Angebote für bewegungsfreudige Menschen initiiert.

Wir setzen uns für mehr Bewegung auf Schulwegen ein und wollen hierfür ein Pilotprojekt initiieren. Mit einem ersten Projekt für mobile Sportflächen haben wir eine neue Form von Sportangeboten auf den Weg gebracht, die wir fortführen und ausbauen wollen.

Ein wichtiges Feld in unserer älter werdenden Gesellschaft ist Bewegung bis ins hohe Alter. Es ist deshalb gut, dass das nächste Handlungsfeld der Stuttgarter Sportentwicklung den Bereich der Bewegung bis ins hohe Alter fokussiert. Sport kann auch ein Mittel gegen Altersamkeit sein.

## WOHNEN FÜR ALLE IN STUTTGART

Wohnraum in Stuttgart ist knapp, weil die Flächen knapp sind. Diese Knappheit wäre auch nicht zu lösen mit zusätzlicher Wohnbebauung auf der grünen Wiese. Aber sie ist zu lösen mit urbanem Wohnen auf Brachen, Baulücken und neuen Konversionsgebieten.

### **Den Neckarpark als zentrales Wohnungsbauprojekt der nächsten Jahre zügig entwickeln**

Der Neckarpark in Stuttgart ist die wichtigste und größte Wohnbaufläche, die in den nächsten Jahren bebaut werden kann. Flächen wie der Neckarpark sind der Schlüssel für dringend benötigten, guten und bezahlbaren Wohnraum in zentraler Lage und sie bieten die Möglichkeit einer guten Infrastruktur, wie Schulen, Kitas oder auch ÖPNV-Anschlüsse. Die bisher vorgeschobenen Probleme des Lärms von Wasen und Sportveranstaltungen sind kein Problem, das haben die bisherigen Untersuchungen gezeigt.

### **Kleinteiligkeit und Nutzungsmischung**

Auch im Wohnungsbau ist Innenentwicklung das nachhaltige Instrument einer zukunftsfähigen Stadtentwicklungspolitik für Stuttgart. Dazu gehört die konsequente Entwicklung der Brach- und Konversionsflächen unter Einbeziehung aller Beteiligten, sowohl der Wohnungswirtschaft, der Bauträger, der AnwohnerInnen oder auch der zukünftigen NutzerInnen. Kleinteiligkeit und Nutzungsmischung sind Prinzipien, die den Charme der Stadt ausmachen und die wir deshalb fortschreiben wollen: Im Neckarpark, aber auch im künftigen Rosensteinviertel, für dessen Planung ein neues Beteiligungs- und Planungsverfahren durchgeführt werden muss.

Mit dem Stuttgarter Innenentwicklungsmodell (SIM) haben wir ein Instrument entwickelt und durchgesetzt, das wirksam auch innerstädtisch Nutzungsmischung und mehr geförderten Wohnungsbau durchsetzbar macht.

### **Vielfältige Wohnformen unterstützen**

Wohnen hat viele Facetten und Ausprägungen. Dabei wollen wir uns nicht nur auf eine Form beschränken, sondern die Möglichkeit geben, dass sich möglichst viele Menschen die Wohnung leisten können, in der sie sich auch wohl fühlen.

Ob das Wohnen in Baugemeinschaften, Barrierefreie Wohnungen für Alt aber auch Jung, Wohnungen für Familien, Wohnen zur Miete oder im Eigentum ist.

Mit dem Grundsatzbeschluss zu den Baugemeinschaften haben wir bewusst förderliche Rahmenbedingungen für eine Bauform geschaffen, die im Gegensatz zum klassischen Bauträger- und Investorenverfahren einen maßstäblichen, kleinparzellierten und angepassten Städtebau begünstigt.

### **Wohnen in Stuttgart darf kein Luxus sein**

Wir Grünen wollen auch beim Thema Wohnen einer Spaltung der Stadtgesellschaft entgegenwirken. Die Mietpreisentwicklung darf nicht zur Verdrängung der weniger zahlungskräftigen und armutsgefährdeten Bevölkerung führen. Wir begrüßen und unterstützen deshalb ausdrücklich die vom Oberbürgermeister vorgelegte wohnungspolitische Strategie „Wohnen in Stuttgart“.

Dazu gehört auch die auskömmliche Finanzierung der städtischen Förderprogramme, damit weiterhin günstiger Wohnraum geschaffen werden kann. Ein wichtiger Baustein auch dafür ist das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell (SIM), das auch privaten InvestorInnen vorgibt, wenn sie Wohnungen bauen, dabei einen Anteil von 20 Prozent an geförderten Wohnungen zu erstellen. Auf städtischen Bauflächen streben wir eine Quote von 50 Prozent an. Daneben muss die Mietpreisbindung bei bestehenden Sozialwohnungen durch Nachsubventionierung erhalten werden.

Bei unserem Einsatz für mehr preisgünstigen Wohnraum haben wir auch die Zielgruppe der Studierenden und Auszubildenden im Blick, die es bei steigenden Mieten besonders schwer haben auf dem Wohnungsmarkt. Wir wollen hier für eine enge Zusammenarbeit der Stadt mit den Hochschulen und dem Studentenwerk sorgen.

Auf dem angespannten Stuttgarter Wohnungsmarkt kann der Verlust der eigenen Wohnung insbesondere Menschen mit weiteren Problemlagen wie Arbeitslosigkeit oder Krank-

heit in große Schwierigkeiten bringen. Die Verhinderung von Wohnungslosigkeit ist deshalb von zentraler Bedeutung im Kampf gegen Armut und ihre Folgen und ist für uns eine vordringliche Aufgabenstellung in der Sozialpolitik.

Wir wollen dass die Menschen nicht nur zum Studieren, Lernen, Einkaufen oder Arbeiten nach Stuttgart kommen, sondern auch hier wohnen können. Wir wollen, dass sich Menschen hier in Stuttgart wohl fühlen und gerne hier leben.

## MOBIL IN STUTTART – INTELLIGENT, NACHHALTIG, ZUVERLÄSSIG

Mobilität ist in der pulsierenden, wirtschaftsstarke Region Stuttgart ein hohes Gut. Die Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse ist in der „autogerechten“ Stadt Stuttgart aber wenig intelligent organisiert. Gleichzeitig ist Stuttgart in hohem Maße geprägt und abhängig von seiner Automobilindustrie. Eine nachhaltige und klimaschonende Mobilität ist deshalb gleich in mehrfacher Hinsicht eine entscheidende Zukunftsherausforderung für Stuttgart. Wir Grünen wollen Stuttgart deshalb zum Labor und Erfolgsmodell für alternative, nachhaltige Mobilitätslösungen machen, in dem der Verkehr der Zukunft entwickelt und erprobt wird.

### Mobilität muss intelligenter und umweltfreundlicher organisiert werden

Auf Stuttgarts Straßen fahren zu viele Kraftfahrzeuge. Sie erzeugen Staus, behindern die Mobilität und tragen bei zu einer nicht akzeptablen, weil für die StadtbewohnerInnen gesundheitsgefährdenden Luftverschmutzung. Auch Verkehrslärm beeinträchtigt die Lebensqualität an vielen Stellen der Stadt mit gravierenden gesundheitlichen Folgen. Verbrennungsmotoren emittieren zudem Gase, die die katastrophenförmige Veränderung des Weltklimas wesentlich mit verursachen.

Die Zukunft gehört deshalb aus grüner Sicht eindeutig der „postfossilen Mobilität“. Diese Mobilität der Zukunft ist eine technische, städtebauliche („Stadt der kurzen Wege“) und eine organisatorisch-logistische Herausforderung.

Welche Rolle dabei das Automobil spielen wird, ist nicht nur verkehrlich für Stuttgart eine entscheidende Zukunftsfrage. Elektroantriebe sind eine große Chance für die Mobilitätsstadt Stuttgart und werden mit Sicherheit eine wichtige Säule des zukünftigen Verkehrsgeschehens darstellen. Allerdings löst allein der Austausch der Motoren die Probleme nicht, schon gar nicht, wenn man die Herausforderungen kurz- und mittelfristig angehen will.

Mobilität muss deshalb insgesamt anders organisiert werden. Dazu gehören auch intelligente Konzepte zur Verkehrsvermeidung. Diese Zukunftsaufgabe muss eine zentrale Aufgabe der Mobilitätsstadt Stuttgart werden.

Wir Grünen kämpfen seit vielen Jahren für eine Wende in der Stuttgarter Verkehrspolitik hin zu einer menschen-, stadt- und klimaverträglicheren Mobilität. Zu einer Mobilität, in der die umweltfreundlichen Alternativen zum motorisierten Individualverkehr eine wesentlich größere Rolle spielen können als bisher. Eine Mobilität, bei der der öffentliche Nahverkehr das starke Rückgrat bildet und der motorisierte Individualverkehr so gestaltet wird, dass er die seither sträflich unterschätzten und unterentwickelten Verkehrsarten des zu Fuß Gehens und des Radfahrens nicht dominiert oder gar verunmöglicht. Denn mit jedem Umstieg auf das Fahrrad oder die eigenen Füße wird der Stau kürzer, das nützt auch denjenigen unmittelbar, die zur Befriedigung ihrer Mobilitätsbedürfnisse auf das Auto angewiesen sind.

### Benachteiligungen des Umweltverbundes abbauen, Rad- und Fußverkehr gezielt fördern

Die grünen Gemeinderatsfraktionen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Vorschläge vorgelegt und durchgesetzt, die zu einer solchen Wende in der Verkehrsorganisation beitragen. Mit einer Strategie des „push and pull“ wollen wir systematische Benachteiligungen des Umweltverbundes und umweltschädliche Bevorzugungen des motorisierten Individualverkehrs reduzieren.

Der Fußgängerverkehr über unsere charakteristischen Staffeln, entlang der Straßen und diese querend, muss ermöglicht und durch mehr Überwege, fußgängerfreundlichere Ampelschaltungen, verkehrsberuhigte Zonen und Fußgängermagistralen attraktiver gemacht werden. Die zerschneidende Wirkung von Straßen aus der Zeit der autogerechten Stadtplanung wollen wir im wahrsten Sinne des Wortes überwinden.

Das gilt genauso für das Radfahren. Auch wenn wir Grünen den Rad-Etat deutlich aufstocken konnten und den Ausbau der Hauptradwege energisch vorantreiben, auch wenn mit Call a Bike ein funktionierendes Leihradsystem in der Stadt bereitsteht, muss noch viel für die Attraktivität des Radverkehrs in Stuttgart getan werden. Die sensationelle Zunahme von elektrobetriebenen Zweirädern (Pedelecs) ist dabei eine wesentliche Hilfe und verringert das Hemmnis der vielen Steigungen in Stuttgarts Topographie deutlich. Der Kampf um den Radwegeausbau ist allerdings oftmals ein zähes Ringen gegen vielfachen Widerstand auch innerhalb der Verwaltung. Nur starke Grüne garantieren eine konsequente Fortführung dieses Ringens für mehr Fahrradverkehr.

### Öffentlichen Raum durch verkehrliche Maßnahmen attraktiver gestalten

Manche Stadtteilzentren sind durch das hohe Verkehrsaufkommen unattraktiv. Durch gezielte Verkehrsberuhigungs- und Entschleunigungsmaßnahmen können hier attraktive Aufenthaltsräume mit Sitzgelegenheiten, Straßencafés, grünen Oasen, schattigen und regengeschützten Plätzen entstehen.

Eine Entschleunigung des Straßenverkehrs verflüssigt das Verkehrsgeschehen, reduziert dessen Schadstoff- und Lärmemissionen, sorgt für mehr Sicherheit und erhöht die Aufenthaltsqualität. Die Kinderfreundlichkeit Stuttgarts hängt ganz wesentlich davon ab, welche Gefahren und gesundheitlichen Schädigungen für unsere Kinder vom motorisierten Individualverkehr ausgehen.

Tempo 40 auf Steigungsstrecken reduziert nachweislich Feinstaub und Stickoxide und muss deshalb dringend auf weiteren Ausfallstraßen eingeführt und kontrolliert werden. Auch

Tempo 30 wollen wir mit Blick auf die Schadstoffemissionen, die Verkehrssicherheit und die Qualität des öffentlichen Raums auf weiteren Straßenabschnitten in Stuttgart umsetzen. Gemessen an den erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen durch die täglichen Staus wirken sich Temporeduzierungen mit ihren verkehrsverflüssigenden Wirkungen auch für die AutofahrerInnen letztlich positiv aus.

Die Parkraumbewirtschaftung zum Vorteil der Anwohnerinnen und Anwohner hat sich im Stuttgarter Westen bewährt und wird nun nach und nach in allen Innenstadtbezirken und Bad Cannstatt eingeführt. Das Prinzip von Mischverkehrsversflächen (shared space) wird mit wachsendem Erfolg erprobt und sollte als Methode des rücksichtsvollen Miteinanders im Verkehr auch an weiteren Orten der Stadt eingeführt werden.

### **Ausbau eines attraktiven ÖPNV vorantreiben**

Auch dank starker Grüner in Stadt, Land und Region konnte der Ausbau beim ÖPNV in den vergangenen Jahren massiv vorangetrieben werden. Der Strategiewechsel zu einer stärker angebotsorientierten ÖPNV-Politik wurde eingeleitet.

Angebotsverbesserungen, neue S-Bahn-, Stadtbahn- und Buslinien haben zu einer kontinuierlichen Steigerung der Fahrgastzahlen geführt, trotz erheblicher Preissteigerungen. Inzwischen geraten S-Bahnen und Stadtbahnen zu Hauptverkehrszeiten auf bestimmten Streckenabschnitten in die Nähe ihrer Kapazitätsgrenzen. Wir Grünen wollen schon deshalb das Angebot im öffentlichen Verkehr weiter ausbauen. Dazu gehören Streckenausbauten ebenso wie dichtere Takte und attraktive Ticket-Angebote. Auch die weitere Ausdehnung des Angebots in die Nacht, insbesondere an Wochenenden, wollen wir vorantreiben.

Angesichts unsicherer, sinkender oder wegfallender öffentlicher Zuschüsse von Land und Bund für den ÖPNV erscheint die von uns Grünen angestrebte Absenkung der Nutzerfinanzierung kurzfristig unrealistisch. Angesichts erheblicher Nachfragepotenziale haben Investitionen in den Ausbau und in Angebotsverbesserungen Vorrang vor drastischen Preissenkungen. Das schließt aber kontinuierliche Verbesserungen im Ticketangebot wie zuletzt beim School-Abo, beim Senienticket und beim Jobticket nicht aus. Wir Grünen werden uns weiterhin für ein einfacheres VVS-Tarifzonensystem mit nur einer Zone für ganz Stuttgart, für attraktivere und flexiblere Konditionen und Tarife bei den Zeitkarten und beim StudiTicket sowie für Verbesserungen bei der Fahrradmitnahme einsetzen. Attraktive Angebote rechnen sich unterm Strich auch für die Verkehrsunternehmen. Die Einführung eines verbesserten Sozialtickets wollen wir ernsthaft und sorgfältig prüfen.

Zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs gehört für uns auch die Integration des nationalen Fernbusverkehrs, der seit dem Ende des Fernverkehrsmonopols der Bahn rasant wächst. Diese zusätzliche, umweltfreundliche und kostengünstige Alternative zum motorisierten Individualverkehr wollen wir durch ein Fernbuskonzept sinnvoll an das städtische ÖPNV-Angebot anbinden.

### **Intelligente Konzepte für den Wirtschaftsverkehr in der Innenstadt**

Der Wirtschaftsverkehr stellt eine große Verkehrsbelastung für Stuttgart dar. Gerade weil dieser aber die wirtschaftliche Grundlage für unsere Stadt darstellt, ist ein innovatives Konzept notwendig, das bei besseren Leistungen geringere Umweltfolgen mit sich bringt.

Städte wie London und Utrecht zeigen uns, wie das gehen kann: Bündelung von Lieferleistungen, Einsatz von nachhaltigen Fahrzeugtechnologien und dezentrale Depotlösungen. Hier soll Stuttgart als innovative Mobilitätsstadt Vorreiter einer intelligenten Logistik in der Innenstadt werden.

### **Die Verkehrswende gelingt nur mit regionaler Kooperation**

Eine Entlastung Stuttgarts vom Autoverkehr und eine attraktive Gestaltung des ÖPNV-Angebotes gelingt nur in enger Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Kreisen der Region und dem Verband Region Stuttgart.

Eine intelligente Verkehrssteuerung kann nicht erst an Stuttgarts Gemarkungsgrenze beginnen und ein betriebliches Mobilitätsmanagement muss für EinpendlerInnen aus der ganzen Region angeboten werden. Der Bau von Park&Ride-Anlagen muss entlang der S-Bahnlinien in der Region erfolgen, und die Entlastung der S-Bahn-Stammstrecke durch die Stuttgarter Innenstadt gelingt nur durch neue Verbindungen am Stuttgarter Zentrum vorbei. Dazu gehören die Panoramastrecke im Stuttgarter Norden (Gäubahn), die Schusterbahn zwischen Ludwigsburg und Esslingen und die Güterbahnstrecke zwischen Untertürkheim und Waiblingen.

### **Nur starke Grüne garantieren für eine zukunftsfähige, nachhaltige Mobilität in Stuttgart**

Wir Grünen richten unsere verkehrspolitischen Entscheidungen aus an den Prinzipien eines intermodal vernetzten Verkehrs, bei dem das Auto nicht alle anderen Verkehrsmittel dominiert, aber auch nicht verteufelt wird, sondern rational eingesetzt werden soll. Die Zielvorgabe des Oberbürgermeisters, 20 Prozent des Autoverkehrs im Talkessel durch umweltverträgliche Mobilitätsformen zu ersetzen, ist ein wichtiger Hebel für eine intelligentere, nachhaltigere Verkehrsentwicklung in Stuttgart. Dazu wollen wir Grünen neben dem Umweltverbund auch das Carsharing und andere Formen des Autoteilens sowie innovative technische und organisatorische Mobilitätslösungen stärken. Neue Technologien wie Elektro-, Wasserstoff- und Hybridantriebe wollen wir verstärkt bei der städtischen Flotte und im SSB-Busverkehr einsetzen. Auch der Einsatz von elektrisch unterstützten Lasten-Fahrrädern könnte ein wichtiger Baustein zukünftiger Mobilität werden.

Das lange diskutierte Verkehrs-Entwicklungs-Konzept 2030 wurde im Dezember 2013 endlich in überarbeiteter Form in den Gemeinderat eingebracht. Es hat viele unserer Anregungen mit aufgenommen. Und es hat die breit geführte Debatte zu einem „Aktionsplan“ verdichtet, den wir als gute Grundlage einer künftigen Verkehrswende unterstützen, weil er konkrete Ziele und Maßnahmen benennt.

Auch der Verkehr in Stuttgart befindet sich in einer „Zeit des Umbruchs“. Für die Zukunft Stuttgarts wird es entscheidend darauf ankommen, ob in diesem Umbruch endlich die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden. Die von den alten Mehrheiten beschlossenen, katastrophal überkauften und veralteten Projekte Stuttgart 21 und Rosensteintunnel weisen leider in die völlig falsche Richtung und stellen eine dramatische Erschwernis auf dem Weg zu nachhaltiger Mobilität in Stuttgart dar. Wir Grünen lassen uns dadurch aber nicht entmutigen und werden weiter aktiv und kreativ für die richtigen Weichenstellungen kämpfen.



## NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN IN STUTTGART

Der wirtschaftliche Erfolg der Zukunft hängt unmittelbar davon ab, ob es gelingt, Wohlstand und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Dazu sind ein ökologischer Strukturwandel und die Steigerung von Energie- und Ressourceneffizienz, aber auch eine Veränderung in der Nachfrage und im Konsumverhalten notwendig.

Für die Zukunft unserer Stadt wird es entscheidend sein, ob die hiesigen Unternehmen und dabei insbesondere die großen Arbeitgeber in der Automobilindustrie und ihre mittelständischen Zulieferbetriebe den notwendigen ökologischen Strukturwandel erfolgreich bewältigen oder ob die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft und damit die Wirtschaft und Arbeit der Zukunft andernorts stattfinden.

### Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben

Der Einfluss der Stadtpolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Transformationsprozesse in der Wirtschaft hat in Zeiten der Globalisierung zweifellos Grenzen. Es darf aber als gutes Zeichen gewertet werden, dass sich die Stuttgarterinnen und Stuttgarter 2012 mit Fritz Kuhn einen grünen Oberbürgermeister gewählt haben, der wie kein anderer für die politische Leitvision steht, dass man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben kann. Das erste Jahr seiner Amtszeit hat gezeigt, dass Fritz Kuhn den Prozess der ökologischen Modernisierung in Stuttgart engagiert und in engem Austausch mit den Unternehmen unterstützen und gestalten will. Wichtig ist dabei aber, dass es auch im Gemeinderat eine Mehrheit gibt, die diesen Weg gehen will. Ein Gemeinderat, der seine Rolle aus parteitaktischen Gründen mehrheitlich in der Opposition gegen den grünen Oberbürgermeister sieht, wird nicht nur den notwendigen Strukturwandel behindern, sondern dem Wirtschaftsstandort Stuttgart insgesamt schaden.

Auch für das Handwerk ist die ökologische Modernisierung ein Erfolgsmodell, das Betriebe und Arbeitsplätze sichert nicht zuletzt durch die mit starken Grünen forcierten städtischen Investitionen in Gebäudesanierung, Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

### Wichtigstes Handlungsfeld kommunaler Wirtschaftspolitik: ein attraktives Stuttgart

Das Wichtigste, was die Stadtpolitik für das Gedeihen der Wirtschaft tun kann, ist dafür Sorge zu tragen, dass Menschen gerne in Stuttgart leben, wohnen und arbeiten. Mit dem Kita-Ausbau, dem Schulsanierungsprogramm, dem Ausbau der Kulturförderung, dem Einsatz für Weltoffenheit und Toleranz, mit dem Kampf gegen Feinstaub und Stau, dem Ausbau des ÖPNV und der Begrünung des öffentlichen Raums haben wir Grünen in den vergangenen Jahren Schwerpunkte gesetzt, die sich direkt und positiv auch auf die Attraktivität unserer Stadt als Wirtschaftsstandort auswirken. Im Wettbewerb um gut ausgebildete Fachkräfte spielen diese Standortfaktoren längst eine zentrale Rolle.

### Stuttgart als Hochschul- und Forschungsstandort stärken

Exzellente Hochschulen und Spitzenforschung in Kombination mit innovativen Unternehmen bieten beste Voraussetzungen für eine nachhaltige Wirtschaft der Zukunft. In der

Region Stuttgart findet sich ein besonderer Mix aus Global Playern, innovativen kleinen und mittelständischen Unternehmen, hochqualifizierten Arbeitskräften und einer Vielzahl an Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die hervorragende Chancen bieten, erfolgreiche Zukunftskonzepte und innovative Produkte und Dienstleistungen für eine nachhaltige Wirtschaft zu entwickeln und zu vermarkten. Wir wollen Stuttgart als Hochschul- und Forschungsstandort stärken, bspw. indem örtliche Potenziale für Praxiserprobung im Bereich Mobilitätskonzepte und Städtebau genutzt werden.

### Professionelles Gewerbeflächenmanagement und Ressourcen schonende Flächenpolitik

Eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung setzt voraus, dass bestehende und neue Betriebe ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten haben. Angesichts des Wohnungsmangels waren die Konversionen der jüngeren Vergangenheit von Gewerbeflächen zu Wohn- bzw. Mischflächen (z.B. Neckarpark) sinnvoll und richtig. Weitere Konversionen gilt es nun aber sehr sorgfältig abzuwiegen. Dazu bedarf es einer klugen Flächenvorratspolitik: Bestehende Gewerbestandorte müssen erhalten und durch Erneuerungs-, Umbau- und Ergänzungsmaßnahmen weiterentwickelt und effektiver genutzt werden. Gewerbebrachen sollten nach Möglichkeit wieder für Gewerbe zur Verfügung stehen. Die Stadt braucht dazu ein professionelles Flächenmanagement und muss eine gezielte Grundstückspolitik betreiben. Mit dem Stadtentwicklungskonzept Stuttgart (STEK) wurden Ziele definiert und mit der „Zeitstufenliste Gewerbe“ wurde ein Anfang zu einem Flächenmanagement auch für Gewerbeflächen gemacht. Diese Ansätze wollen wir Grünen weiterentwickeln. Ziel ist eine auch auf Gewerbeflächen Ressourcen schonende Flächenpolitik und eine verdichtete und effektive Ausnutzung von Flächen (bspw. von verschiedenen Unternehmen gemeinsam genutzte Parkplätze).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch eine bessere ÖPNV-Erschließung von Gewerbegebieten.

### Aktivierung von Räumen für die wachsende Kultur- und Kreativwirtschaft

Zu einer klugen Flächenpolitik gehört auch die Aktivierung von Brachräumen und die Zwischennutzung vorübergehender Leerstände. Solche Interimsflächen sind insbesondere bei KünstlerInnen und jungen Kreativunternehmen heiß begehrt. Wir Grünen haben uns deshalb intensiv dafür eingesetzt, dass solche Interimsnutzungen immer wieder möglich wurden und mancher Leerstand sich tatsächlich zur kreativen Keimzelle entwickelte. Allerdings sind die Barrieren zwischen Kreativen, Stadtverwaltung und Immobilienbranche mitunter gewaltig. Mit der Schaffung einer städtischen Servicestelle für Leerstands- und Zwischennutzungsmanagement bei der Wirtschaftsförderung haben wir einen ersten strukturellen Erfolg erzielt. Wir wollen die Stadtentwicklung hier aber noch weiter beflügeln und Stuttgart als lebendige Großstadt für Kreativ- und Medienschaffende noch interessanter machen. Der noch junge wirtschaftliche Erfolg der Filmanimationsbranche zeigt, wie aus kreativen Experimenten ein neuer Wirtschaftsfaktor erwachsen kann. Dies gilt es auch in Zukunft zu erkennen und zu fördern.



### **Sicherung der Nahversorgung und Kampf gegen Trading-down**

Vor allem in den Außenbezirken stellt sich die Nahversorgung seit Jahren zunehmend als Problem dar. Immer mehr Stadtteile stehen völlig ohne Lebensmitteleinzelhandel da, was insbesondere die wachsende Zahl älterer Bürgerinnen und Bürger benachteiligt und Älteren eine selbstbestimmte Lebensführung erschwert. Cap- und Bonusmärkte konnten in einigen Fällen die Versorgungslücken schließen, sind aber in Folge gekürzter Arbeitsmarktförderprogramme des Bundes zunehmend selbst in ihrer Existenz bedroht.

Neue Ideen und Konzepte sind gefragt. Über intensiven Austausch mit den Akteuren, Stadtteilmanagement, aktive Grundstückspolitik und die gezielte Förderung von Stadtteilinitiativen kann Kommunalpolitik hier Einfluss nehmen. Vorstellbar wäre aber auch ein Netz von kleinen, inhabergeführten Geschäften zur Nahversorgung unter dem Dach eines Trägervereins. Dieser könnte für angemessen niedrige Ladenmieten sorgen und die Basis für eine gemeinsame Einkaufsorganisation stellen.

Auch mit Blick auf die Nahversorgung ist uns die städtebauliche Aufwertung der Ortskerne als Einzelhandelsstandorte in den Stadtbezirken sehr wichtig.

Auf Initiative der Grünen brachte die Stadt eine neue Vergnügungsstättenkonzeption auf den Weg. Ein lange überfälliger Schritt, mit dem endlich die baurechtlichen Möglichkeiten im Kampf gegen die Spielhallenflut ausgeschöpft werden. In den letzten Jahren hatte sich die Zahl der Spielhallen, Wettbüros und Glücksspielgeräte explosionsartig erhöht. Das Geschäft mit der Sucht erwies sich als äußerst lukrativ, die BetreiberInnen bezahlten Ladenmieten, die sich Handwerks- oder kleine Einzelhandelsbetriebe nicht leisten konnten und dementsprechend zunehmend verdrängt wurden. Da es an wirksamen Rechtsmitteln zur Regulierung und Eindämmung dieser Spielhallen fehlte, führte die Entwicklung zu einer weiteren Verdrängung des traditionellen Einzelhandels und zu einem regelrechten Trading-down von Einkaufsstraßen und Ortskernen.

Mit der städtischen Vergnügungsstättenkonzeption und den entsprechend überarbeiteten Bebauungsplänen sowie mit dem neuen Landesglücksspielgesetz wird nun erstmals effektiv gegengesteuert. Zwar genießen bestehende Betriebe Bestandsschutz, doch dem weiteren Wildwuchs konnte erfolgreich Einhalt geboten werden. Diesen Weg wollen wir Grünen konsequent weitergehen, zum Schutz und zur Wiederbelebung von Ortskernen und Einzelhandelsstandorten, aber indirekt natürlich auch zum Schutz Spielsüchtiger.

### **Landwirtschaft als Partnerin der Nachhaltigkeit und der Kulturlandschaftspflege**

Stuttgart ist auch Standort landwirtschaftlicher Betriebe, ob im Ackerbau oder Weinbau. Leider wurde landwirtschaftliche Fläche in der ganzen Region über Jahrzehnte als Baulandreserve verschleudert oder für Großprojekte dezimiert. Die Zerschneidung und Versiegelung von Ackerböden bester Bonität hat Spuren hinterlassen.

Wir Grünen sehen eine naturnahe Landwirtschaft als wichtige Partnerin der Nachhaltigkeit und zum Erhalt der Kulturlandschaft und der Artenvielfalt. Gleichzeitig ist die heimische Landwirtschaft wichtiger Bestandteil regionaler Wirtschaftskreisläufe in der Lebensmittelversorgung und bietet bspw. über die Wochenmärkte eine umwelt- und klimaschonende Nahversorgung. Wir Grünen werden die Landwirtschaft und die Wochenmärkte in Stuttgart deshalb auch in Zukunft unterstützen und verteidigen.

Aber auch aufgegebene Kulturlandschaften im Steillagenweinbau sind ein Verlust für unsere Stadt. Wir Grünen wollen, dass Boden und Kulturlandschaften als ebenso kostbare wie knappe Ressource bewertet werden und dass für versiegelte landwirtschaftliche Flächen, wie in der Forstwirtschaft, angemessener Ersatz geschaffen wird. Zum Erhalt der historischen Trockenmauergebiete haben wir nun erstmals ein Förderprogramm mit initiiert, das diese wertvolle Kulturlandschaft für nachfolgende Generationen sichern wird.

## **WASSER- UND ENERGIEVERSORGUNG KOMMUNAL**

In wenigen Bereichen der Stadtpolitik konnten wir Grünen in den letzten Jahren so viel bewegen wie bei der Energie- und Wasserversorgung. Der Einstieg in die Rekommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung ist gelungen.

### **Der Politikwechsel von Privatisierung zur Rekommunalisierung ist gelungen**

Noch kurz vor der Kommunalwahl 2009 hatte sich im Gemeinderat noch eine Mehrheit für eine Verlängerung der Verträge mit der EnBW ausgesprochen und keinerlei Interesse an einer Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge.

Heute ist die Rückübernahme der gesamten Wasserversorgung einschließlich der Bezugsrechte in einen städtischen Eigenbetrieb beschlossene Sache, und Stuttgart hat wieder eigene Stadtwerke. Diese erzeugen und vertreiben bereits Strom aus erneuerbaren Energiequellen, vertreiben Gas mit Biogasanteil und bewerben sich um die Konzessionen der Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung.

### **Konzessionsvergabe im Energiebereich soll die Energiewende beschleunigen**

Bei Strom, Gas und Fernwärme wird das gesetzlich vorgeschriebene Konzessionsvergabeverfahren im Frühjahr 2014 abgeschlossen sein. Wir Grünen haben dafür gesorgt, dass dabei die Handlungsspielräume der Stadt im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes und des Europa- und Kartellrechts voll ausgeschöpft wurden. Der Einfluss der Stadt und die ökologischen Standards werden unabhängig vom obsiegenden Bewerber beispiellos stark sein, das wurde den Vergabekriterien bereits von den Kartellbehörden bescheinigt.

### **Ein starkes Stuttgarter Stadtwerk verbindet Klimaschutz, Energiewende, Gemeinwohl und lokale Wertschöpfung**

Wir Grünen wollen für Stuttgart ein kommunales Stadtwerk, das allein oder als starker Kooperationspartner Konzessionär, Eigentümer und Betreiber der Energieversorgungsnetze ist. Ein solches Stadtwerk bietet optimale Chancen, die Energiewende vor Ort voranzutreiben und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, dem Handwerk und den Unternehmen in Stuttgart mit örtlicher Wertschöpfung zu verbinden. Wir wollen ein wirtschaftlich erfolgreiches Stuttgarter Vollstadtwerk, das auch mit dem Bau von Nahwärmenetzen und mit Dienstleistungen zur Energieeinsparung ein zentraler Treiber der Energiewende und des Klimaschutzes in Stuttgart wird. Wenn das mit geeigneten Partnern besser geht als alleine, sind uns Kooperationslösungen willkommen, wie sie bereits im Vertrieb mit den Elektrizitätswerken Schönau (EWS) bestehen.

Kommunale Stadtwerke bieten die einzigartige Möglichkeit, ökologische und kommunale Ziele mit handfesten ökonomischen Vorteilen für die Bürgerinnen und Bürger und die Stadt zu verbinden. So wollen wir langfristig über einen steuerlichen Querverbund der Stadtwerke mit anderen städtischen Tochterunternehmen defizitäre kommunale Aufgaben wie z.B. im öffentlichen Verkehr oder im Bäderbetrieb quersubventionieren durch Einnahmeüberschüsse im Energiebereich. Ein gutes Beispiel für lokale und regionale Wertschöpfung zum Wohl der Allgemeinheit.

Wir wollen in Stuttgart und in der Region neue Windkraftstandorte auf Grundlage des neuen Landesplanungsgesetzes, des Windenergieerlasses und der Regionalplanung umsetzen. Dabei ist es uns ernst damit, dass man zwischen den Belangen von Natur- und Landschaftsschutz und den Anforderungen der Energiewende sorgfältig abwägen muss. Frühzeitige Beteiligung ist für uns dabei demokratischer Standard. Einer grundsätzlichen oder ideologisch begründeten Ablehnung von Windkraftanlagen werden wir uns aber genauso entgegenstellen wie einer Aushöhlung des Natur- und Artenschutzes.

Auch bei der Nutzung der Sonnenenergie durch Photovoltaikanlagen und Solarthermie steckt im sonnenverwöhnten Stuttgart noch enormes Potenzial, das wir mit dem neu gegründeten Stadtwerk gezielt heben wollen. Die Produktion erneuerbaren Stroms nah an den Verbraucherinnen und Verbrauchern und innerhalb des dichten städtischen Leitungsnetzes ist ressourcenschonend und spart Investitionskosten.

Leider zeichnet sich mit Blick auf den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD im Bund ab, dass sich die Rahmenbedingungen für den dringend erforderlichen Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich verschlechtern werden.

### **Übernahme der kompletten Wasserversorgung nur eine Frage der Zeit**

Die Übernahme der Wasserversorgung ist beschlossene Sache. Leider muss die tatsächliche Rückübertragung von Netzeigentum, Netzbetrieb und Bezugsrechten der Wasserversorgung wegen überzogener Preisvorstellungen des derzeitigen Eigentümers und Betreibers EnBW erst noch vor Gericht erkämpft werden. Das alles wird die umfassende Rekommunalisierung der Wasserversorgung zwar verzögern, nicht aber verhindern.

## **DIE STADT UND IHRE BETEILIGUNGEN NACHHALTIG STEUERN**

Die kommunale Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe des Gemeinderates und der Stadtverwaltung. Wir wollen, dass kommunale Kernaufgaben auch in kommunaler Hand sind. Deshalb haben wir uns intensiv und erfolgreich für die Rekommunalisierung im Bereich Wasser- und Energieversorgung und gegen weitere Privatisierungen eingesetzt, um Qualität und demokratische Kontrolle zu sichern.

### **Öffentliche Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand**

Privatisierung von Eigenbetrieben und städtischen Tochterunternehmen wollen wir vermeiden. Das beste Mittel gegen Privatisierungsinteressen in der Politik sind gesunde Bilanzen, denn dauerhaft defizitäre öffentliche Unternehmen unterliegen ständig der Gefahr eines politischen Angriffs auf die öffentliche Trägerschaft. Gerade deshalb treibt uns um, dass

der städtische Schuldenabbau der Vergangenheit auch zu Lasten der Eigenbetriebe und Tochterunternehmen erfolgte. Nicht wenige von ihnen kämpfen heute mit nicht auskömmlich finanzierten Aufgaben, strukturellen Defiziten und mangelnder Eigenkapitalausstattung. Daraus resultiert eine wachsende Verschuldung. Wir wollen diese Entwicklung stoppen und dafür sorgen, dass alle städtischen Eigenbetriebe und Tochterunternehmen bei guter Betriebsführung und auskömmlicher Finanzierung ihrer Aufgaben wirtschaftlich arbeiten können.

Das städtische Klinikum, mit seinen 4.000 Beschäftigten größter Eigenbetrieb der Stadt, unterstützen wir bei der Umsetzung des Strukturellen Rahmenplans und der Konzentration auf zwei Standorte. Dazu gehört, dass das Olgäle gerade in der schwierigen Phase des Neubaus und Umzugs die notwendige Sockelfinanzierung erhält, weil nur so das hochwertige Versorgungsangebot aufrechterhalten werden kann.

### **Städtische Kapitalbindung und Haftungsrisiken bei der LBBW reduzieren**

Wir Grünen treten dafür ein, dass die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) weiterhin ein öffentlich-rechtliches Unternehmen bleibt und nicht in eine Aktiengesellschaft des Privatrechts umgewandelt wird. Den städtischen Anteil an der LBBW wollen wir desungeachtet im Hinblick auf die Kapitalbindung und die Haftungsrisiken auf das Volumen einer Stadtsparkasse abschmelzen. Die im Jahr 2009 gegen die Stimmen der Grünen gegebenen 946 Mio. Euro müssen mittelfristig wieder an die Landeshauptstadt zurückgezahlt werden. Spätestens die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Beteiligung der Stadt an einer auf den internationalen Finanzmärkten spekulierenden Landesbank hoch riskant ist. Zudem gerät die Stadt durch die von der EU zu Recht erhobenen Anforderungen in Bezug auf eine höhere Eigenkapitalausstattung und Sicherungsmechanismen der Banken in die Situation, dass sie als Miteigentümerin zunehmend fremdbestimmt wird.

Die konsequente Rückführung des Kreditsatzgeschäftes, die Einstellung der mit Nahrungsmittelspekulationen in Verbindung stehenden Fonds, die Konzentration auf das Kerngeschäft und die Nachhaltigkeitsansätze der Bank entsprechen zwar unseren Forderungen, dennoch halten wir die Abschmelzung der städtischen Beteiligung für zwingend erforderlich. Die Reduzierung der städtischen Beteiligung kann jedoch nur in Verhandlungen mit den anderen Eigentümern in einem geregelten Verfahren erfolgen. Ein vollständiger Rückzug der Stadt aus der LBBW und eine Neugründung einer städtischen Sparkasse wäre derzeit weder rechtlich möglich – die Stadt hatte sich seinerzeit vertraglich gegenüber der LBBW verpflichtet, keine eigene Sparkasse zu betreiben – noch wirtschaftlich sinnvoll oder praktisch umsetzbar. Wir Grünen konzentrieren uns deshalb auf die bestehenden städtischen Möglichkeiten der Kontrolle und Steuerung und ein solides Funktionieren der LBBW-Tochter BW-Bank, die auf dem Stadtgebiet vertragsgemäß die Sparkassenfunktion ausübt. Sie ist eine der stabilsten und wichtigsten Gliederungen der LBBW.

### **Mit dem kommunalen Jobcenter aktive Sozialpolitik und lokale Arbeitsmarktpolitik verknüpfen**

Jüngstes Mitglied im städtischen Leistungsportfolio ist das kommunale Jobcenter. Wir haben uns vehement dafür eingesetzt, dass die Stadt Stuttgart 2012 die Verwaltung des Jobcenters in Eigenregie übernommen hat und damit städtische Sozialpolitik und die aktive Arbeitsmarktpolitik miteinander verknüpft bleiben. Wichtige Bausteine der erfolgreichen Stuttgarter Arbeitsmarktpolitik und der guten Arbeit der örtlichen Sozialunternehmen und Bildungsträger konnten so wenigstens teilweise erhalten bleiben.

Wir wollen, dass die Stadt über ihr Jobcenter eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung betreibt, die Langzeitarbeitslosen echte Bewährungs- und Eingliederungschancen eröffnet und Zugänge zum regulären Arbeitsmarkt schafft. Wir wollen zudem ein besseres Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf, eine verstärkte Qualifizierung und eine bessere Unterstützung nachträglicher (Teilzeit-)Ausbildung.

### **Gute und attraktive Arbeitsbedingungen bei der Stadt**

Von der Stadt selbst wird zu Recht erwartet, dass sie mit insgesamt ca. 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als eine der größten Arbeitgeberinnen Stuttgarts ihren Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen bietet. Das ist schon deshalb nötig, weil sich längst auch der öffentliche Dienst in einem harten Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und die besten Köpfe befindet.

Wir wollen flexible Arbeitszeiten in der Verwaltung und in den städtischen Betrieben, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Die interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung wollen wir weiter stärken und dafür mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für die Stadt gewinnen.

Um dem zunehmenden Fachkräftemangel und dem demografischen Wandel zu begegnen, geht die Stadt mit dem grünen Verwaltungsbürgermeister bereits neue Wege und hat umfangreiche Maßnahmenpakete zur Personalgewinnung und -bindung geschnürt. Denn Ausbildung, Gewinnung, Qualifizierung und Bindung der erforderlichen Fachkräfte sind wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung unserer Ziele, bspw. beim Ausbau der Kinder-Tagesbetreuung, der ohne Fachkräfte nicht umgesetzt werden kann.

### **Gleichstellung und Diskriminierungsfreiheit verwirklichen**

Ein wichtiges grünes Anliegen ist seit vielen Jahren die Anhebung des Frauenanteils insbesondere in den Führungspositionen der Verwaltung und der städtischen Betriebe. Hier gilt es, noch dicke Bretter zu bohren, denn nach wie vor sind Frauen in vielen Bereichen und insbesondere in Führungspositionen stark unterrepräsentiert.

Darüber hinaus wollen wir Gleichstellung und Diskriminierungsfreiheit im Sinne von Diversity (Vielfalt) auch hinsichtlich sexueller Identität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, des Alters oder einer Behinderung systematisch umsetzen. Wir Grünen wollen, dass sich im Personal der Stadt und ihrer Beteiligungen die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegelt. Damit werden zudem auch neue Zielgruppen bei der Personalgewinnung erschlossen, und die Stadtverwaltung wirkt als Vorbild in die Stadtgesellschaft hinein. Wir Grünen wollen auf kommunaler Ebene im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten dafür ein-

treten, dass sich alle Institutionen und Organisationen, die im Auftrag und Finanzierung durch die Stadt tätig sind, zu einem diskriminierungsfreien Umgang mit ArbeitnehmerInnen verpflichten.

### **Die Stadt als Kundin: ökologisch, sozial und fair**

Auch als Kundin ist die Stadtverwaltung mit ihren Eigenbetrieben und Tochterunternehmen ein erheblicher Wirtschaftsfaktor in Stuttgart. Wo immer es das Vergabe- und EU-Recht zulässt, setzen wir uns für eine Beschaffung ein, die neben dem Preis auch Umweltstandards und soziale Kriterien berücksichtigt. Hier gilt es, in Zukunft Handlungsspielräume im Vergaberecht noch genauer unter die Lupe zu nehmen, um diese Standards noch stärker gewichten zu können. Produkte, die im Verdacht stehen, in Kinderarbeit hergestellt worden zu sein, wie z.B. Grabsteine, haben wir erfolgreich von der Beschaffung ausgeschlossen. Auf unsere Initiative hin hat sich die Stadt intensiv um fairen Handel und Beschaffung gekümmert und von der Organisation TransFair im Oktober 2013 das Siegel als „Fairtrade-Stadt“ erhalten. Die in vielen Stadtbezirken aktiven Steuerungsgruppen wollen wir weiter unterstützen und so das geleistete ehrenamtliche Engagement würdigen.

### **Nachhaltig Haushalten heißt zuallererst das Vermögen zu erhalten**

In der städtischen Haushaltspolitik wollen wir den Kurs fortsetzen, den wir nach der Kommunalwahl 2009 mit grüner Gemeinderatsmehrheit bei Sanierungen und Investitionen eingeschlagen haben. Während sich die Stadtspitze unter CDU-Führung über Jahre der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus rühmte, verfiel das städtische Vermögen dramatisch. In den Schulen fielen die Decken herunter und die Fenster aus dem Rahmen, Schwimmbäder verloren Wasser und Heizwärme; Feuerwehrhäuser, Flüchtlingsunterkünfte, Straßen und Stäffe – kaum ein Bereich, in dem nicht notwendigste Erhaltungsmaßnahmen sträflich unterlassen worden waren. Man hat das durchaus vorhandene Geld lieber für Prestigeprojekte und neue Vorhaben ausgegeben.

Ab 2009 haben wir Grünen dafür gesorgt, dass ein Schulsanierungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 500 Mio. Euro auf den Weg gebracht wurde, dass für die Schulentwicklung, für Um- und Erweiterungsbauten an Schulen weitere 480 Mio. Euro in die Hand genommen werden und dass auch der Kita- und Ganztagschulausbau endlich im erforderlichen Ausmaß vorangetrieben wird. Es ist gelungen, dieses gewaltige Investitionsprogramm ohne neue Schulden in Angriff zu nehmen.

### **Folgekosten im Blick behalten**

Haushaltspolitik nach grünem Verständnis muss nachhaltig sein. Schuldenabbau auf Kosten des städtischen Vermögens und der Daseinsvorsorge wie in der Vergangenheit ist da allerdings der falsche Ansatz. Sanierung und Bestandserhalt geht deshalb vor Neuinvestitionen. Und bei künftigen Baumaßnahmen und Neuinvestitionen müssen Folgekosten und Erhaltungsinvestitionen konsequenter berücksichtigt werden. Auch deshalb lehnen wir den Bau des Rosensteintunnels ab: Wo die bestehende Verkehrsinfrastruktur kaum mehr erhalten werden kann, ist es unsinnig, Millionen in ein neues Verkehrsbauwerk zu stecken, das extrem teuer im Unterhalt ist und zudem verkehrspolitisch völlig an den Erfordernissen der Zeit vorbei geht.

A series of horizontal dotted lines for writing, spanning the width of the page.



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
STUTTGART



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
Kreisverband Stuttgart  
Königstraße 78 · 70173 Stuttgart · Tel. 0711 6159501  
info@gruene-stuttgart.de · [www.natuerlich-gut-fuer-stuttgart.de](http://www.natuerlich-gut-fuer-stuttgart.de)